

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 2/24. Jg.

Mitteilungsblatt

August 2018

Zu dieser Ausgabe:

Wir gedenken zweier marxistischer Historiker – Prof. Dr. Hans Hautmann und Prof. Dr. Horst Schneider – die mit großer Energie und Produktivität bis zu ihrem letzten Atemzug die Sache des Sozialismus und des Friedens verfochten haben. Sie waren unserem Arbeitskreis eng verbunden; in ihrem Sinne weiter zu wirken ist uns Verpflichtung.

In dieser Nummer unterbreiten wir Ergebnisse unserer Konferenz „Die deutsche Novemberrevolution und die Gründung der KPD. Eine Bilanz“ am 17. März d.J. in Berlin. Die Konferenz machte deutlich, wie sehr lange zurückliegende historische Prozesse noch die gegenwärtige, ja selbst künftige Entwicklungen beeinflussen, und wie unumgänglich es ist, die historischen Erfahrungen zu analysieren, aus ihnen die richtigen Schlüsse zu ziehen, um die Aufgaben der Gegenwart und Zukunft zu meistern.

Wir erinnern an Hans Hautmann. Ferner weisen wir auf unsere Veranstaltungen bis Ende 2018 hin.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Eckhard Trümpler Zur Eröffnung der Konferenz „Die deutsche Novemberrevolution und die Gründung der KPD. Eine Bilanz“	S. 3
Prof. Dr. Gerhard Engel Der Platz der Novemberrevolution in der deutschen Geschichte und im deutschen Geschichtsbewusstsein	S. 4
Prof. Dr. Heinz Karl Die Gründung der KPD und ihre Wirkung	S. 14
Dr. Reiner Zilkenat Konterrevolution und „Antibolschewismus“ – Eduard Stadtler und das konterrevolutionäre Netzwerk 1918/19	S. 26
Prof. Dr. Hans Hautmann (1943 - 2018)	S. 42
Veranstaltungen des Arbeitskreises September - Ende 2018	S. 43

Impressum: Die *Geschichtskorrespondenz* erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos per e-Mail zur Verfügung gestellt.

e-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) e-Mail-Adresse entweder per Mail an die obige e-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der Kontaktadressen mit.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800 962 148

Prof. Dr. Eckhard Trümpler

Zur Eröffnung der Konferenz „Die deutsche Novemberrevolution und die Gründung der KPD.
Eine Bilanz“ am 17. März 2018 in Berlin

Das Jahr 2018 ist reich an historischen Daten. Zwei Ereignisse ragen aus der großen Zahl von wichtigen historischen Jahrestagen heraus, und das zeichnet sich schon seit einiger Zeit ab: Das ist zum ersten der 200. Geburtstag von Karl Marx und zum zweiten der 100. Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der KPD – Ereignisse, die ideell eng miteinander verbunden sind.

An Jubiläen – wie überhaupt an gesellschaftliche Ereignisse, Entwicklungen und deren Resultate – gehen wir bekanntlich von verschiedenen politischen und philosophischen Positionen, mit unterschiedlichen Absichten und Zielen – abhängig von Raum und Zeit – heran und gelangen zu in der Regel in manchen Fragen abweichenden und oft konträren Auffassungen. Das ist normal. Es ist sowohl Ergebnis wissenschaftlicher Forschung und Diskussion wie auch – in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen – vor allem Resultat gegensätzlicher politischer Standpunkte.

Unsere heutige Thematik ist nicht nur historisch interessant:

Erstens und vor allem gilt es, die *Erinnerung* an die Revolution, an die revolutionären Ziele und Ereignisse, an die Forderungen und Losungen der fortschrittlichen Kräfte, aber auch an das Treiben der Konterrevolution, an ihr aggressives, antihumanistisches und barbarisches Wüten immer wieder wachzuhalten bzw. neu in Erinnerung zu rufen. Wissen wir doch, *wie schnell Gelerntes in Vergessenheit gerät*. Und gerade heutzutage ist unsere Aktivität auf diesem Gebiet gefordert, da der zeitliche Abstand zu den vergangenen Geschehnissen zunimmt und *Grundkenntnisse nicht mehr vorhanden bzw. gar nicht oder oft einseitig, entsteht vermittelt werden*. Deshalb gilt unvermindert, ja, mehr denn je, wie Jean Jaurés sagte: „Tradition bewahren heißt nicht Asche aufheben, sondern eine Flamme am Brennen erhalten.“ (ND, 14.3.1984)

Zweitens ist es dringender denn je, *Vereinfachungen und Entstellungen* zu begegnen sowie sich vernachlässigten Fragen und Lücken in der Darstellung bzw. Forschung zu widmen. Das gilt insbesondere für die Darstellung der Rolle der von den agierenden Massen geschaffenen Organe, der verschiedenen politischen Parteien – sowohl der bereits bestehenden wie auch der im Vorfeld und in der Revolution selbst entstandenen.

Drittens wissen wir, dass uns in verschiedenen Situationen unseres Wirkens gestern und heute *bestimmte Aspekte und Fragen* des geschichtlichen Prozesses speziell, besonders stark interessieren. Das heißt, *die Fragen, die wir an die Geschichte stellen, auf die wir mit ihrer Hilfe Antworten zu finden hoffen, sie sind selbst im Wandel begriffen*. Schließlich wurden und werden dabei auch neue Fakten, neue Details gewonnen, neue Zusammenhänge bekannt, Einschätzungen präzisiert oder korrigiert.

Viertens schließlich geht es darum, sich damit zu befassen, *welche kurz-, aber auch langfristigen Wirkungen und Resultate* die Revolution und die Gründung der KPD zeitigten – und vor allem, *warum* die Entwicklungen in der deutschen Gesellschaft den uns bekannten Verlauf nahmen, *warum* es letztlich nicht gelang, die Abfolge von Krieg – Revolution – Konterrevolution zu durchbrechen.

Das ist wahrlich ein breites und schwer zu bearbeitendes Feld, auf dem wir uns heute – nicht zum ersten und auch nicht zum letzten Mal – bewegen. Viele komplizierte Fragen der neuen und neuesten Geschichte sind oft und vielerorts diskutiert und beantwortet worden – wir stehen ja nicht am Anfang, sondern sind schon weit vorangekommen. Nicht zuletzt auch durch die Referenten der heutigen Veranstaltung.

Die Gegenwart zeigt aber auch, *dass alte Gefahren in neuer, in modifizierter Gestalt wieder erstarken*, dass sich die Geschichte zwar nicht einfach wiederholt, doch dass sie *nicht wenige Ähnlichkeiten und Analogien* aufweist und *demjenigen, der zu lernen bereit ist*, Lehren zu vermitteln vermag, die – auf die neuen Verhältnisse richtig, schöpferisch angewandt – uns und anderen von erheblichem Nutzen sein können.

Ich wünsche uns eine interessante, anregende, fruchtbare Veranstaltung.

Prof. Dr. Gerhard Engel

Der Platz der Novemberrevolution in der deutschen Geschichte und im deutschen Geschichtsbewusstsein

(Die Anmerkungen hierzu befinden sich am Ende des Dokuments, nach S. 43)

Mit der ihm eigenen Arroganz hat Alexander Dobrindt, das neue parlamentarische Sprachrohr der bayrischen CSU, einhundert Jahre nach der deutschen Revolution eine neue Revolution in Deutschland ausgerufen: die „Konservative Revolution“, die Rolle rückwärts also zu dem, was der November 1918 an historischen Chancen eröffnete. Allein dies – wie vieles andere auch – zeigt, wie dringlich es ist, an vorhandene geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse zu erinnern, neu über sie nachzudenken und das Erfahrbare in politisches Handeln zu überführen. Schließlich darf der Historiker nicht jener Typ sein, den der Brite William Somerset Maugham mit dem Satz beschrieb: „Der Historiker ist ein Reporter, der überall dort nicht dabei war, wo etwas passiert ist.“ Geschichtsschreibung ist eine politische Wissenschaft. Ihre Protagonisten haben die Pflicht, von ihnen Erforschtes und Erkanntes in den Diskurs der Gesellschaft über ihr Woher und Wohin, über ihr Geschichtsbild und Geschichtsbewusstsein einzubringen und politisch Handelnde zu beraten.

Über den Platz der Novemberrevolution und ihren Erinnerungswert hat seit ihrem Stattfinden der Streit nie aufgehört, wiewohl es gewisse Wechsel zwischen Heftigkeit und relativer Stille gab. Streit um gravierende historische Ereignisse ist so normal wie die Tatsache, dass noch keine politische Richtung und kein Staatswesen darauf verzichteten, Geschichte politisch zu instrumentalisieren und zu ihrer historischen Legitimation zu nutzen. Auch Historiker, die als scharfe Kritiker der parteilichen Historiographie in der DDR auftreten, bekennen dies mitunter offen. Heinrich August Winkler z. B. schrieb: „Alle Geschichte ist eine Geschichte von Kämpfen um die Deutung von Geschichte... Wer über historische Deutungsmacht verfügt, übt mittelbar auch politischen Einfluss aus.“⁴¹ Fügt man das Wörtchen „auch“ im ersten Satz hinzu, so ist Winkler in diesem Punkte zuzustimmen.

Naturgemäß sind historische Ereignisse von der Dimension einer Revolution besonders umstritten. Nach jeder Revolution tobt der Kampf derer, die sich gegenüberstanden hatten, unvermindert weiter, nun eben auf dem Gebiet der Deutung des Geschehens. Das gilt besonders für die deutsche Revolution 1918, herausragender Teil einer revolutionären Welle, die im Gefolge der russischen Revolution 1917 große Teile Europas erfasste. Diesen internationalen Aspekt der deutschen Revolutionsgeschichte muss ich leider im Folgenden aus Zeitgründen vernachlässigen, wofür ich um Verständnis bitte. Hier geht es also ausschließlich um deutsche Angelegenheiten.

Im Verlauf der Debatte über einen Nationalfeiertag der Deutschen nach der Übernahme der DDR in die Bundesrepublik Deutschland registrierten Historiker und Publizisten, dass mehrere markante historische Ereignisse deutscher Geschichte auf einen 9. November fielen und erklärten diesen mystisch überhöht zum „Schicksalstag der Deutschen“. In die Reihe wurden gerückt:

Der 9. November 1918, der Übergang vom Kaiserreich zur Republik

Der 9. November 1923, der Hitlerputsch gegen die Revolutionsergebnisse von 1918

Der 9. November 1938, der Pogrom der Nazis gegen die jüdische Bevölkerung

Der 9. November 1989, der Fall der Mauer zwischen Ost und West.

Fragen wir nach dem Gewicht dieser Ereignisse im Mainstream der Geschichtsdeutung und damit der Erinnerungskultur, so stellen wir eine bemerkenswerte Unwucht fest. Die genannten Daten stehen zwar alle in einer Beziehung zueinander, aber sie werden nicht nach ihrem historischen Gewicht gemessen, sondern in eine Rang- und Reihenfolge gestellt, die von der Interessenlage der die Gesellschaft der Bundesrepublik dominierenden politischen Kräfte bestimmt wird.

Den ersten Platz besetzt der 9. November 1989, an dem die Staatsgrenze zwischen den beiden deutschen Nachkriegsstaaten fiel. Das jährliche umfangreiche Erinnern nimmt vor allem in den Medien aller Art beträchtlichen Raum ein. Positive Erinnerungen der in den Strudel biographischer Umbrüche geratenen Ostdeutschen an ihr Leben in der DDR werden als „Ostalgie“ denunziert. Das Kritikwürdige an der missratenen antikapitalistischen Alternative wird zum Wesensinhalt von

Sozialismus umgedeutet. Die Totalitarismuskonzeption führt zu der Behauptung, die Herrschaft der SED habe sich von der Nazidiktatur nur in der Anzahl der Todesopfer unterschieden. Der politische Leichnam DDR muss jährlich neu getötet werden, um gegen jeden Versuch zu immunisieren, über Alternativen zur bestehenden Ordnung nachzusinnen.

Gewisse Hoffnungen auf mehr historische Wahrheit in der Geschichtsschreibung über die DDR werden erfreulicherweise in jüngster Zeit durch die kritische Selbstreflexion einiger Historiker genährt, die sich von der einseitigen Behandlung der Mauer und der Repressivorgane lösen und beginnen, Sozial-, Alltags- und Mentalitätsgeschichte sowie Aspekte der gesamtdeutschen und internationalen Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg in ihre Forschungsansätze aufzunehmen. Dies bedarf dringend der Unterstützung.

Ein Randdasein führt der 9. November 1923. Er ist ja in der Tat im Vergleich zu den anderen 9. Novembern nur eine Marginalie, aber eine bedeutende. Deutschland erlebt das erste offene faschistische Wetterleuchten. In München, der Stadt mit der stärksten Mitgliederbasis der NSDAP in einem rechtskonservativen und antirepublikanischen Umfeld von Politikern und Militärs, riefen Adolf Hitler und General von Ludendorff zur „nationalen Revolution“ gegen die Republik der „Novemberverschwörer“ auf, wie die Nazis die Akteure und politischen Erben der Revolution vom 9. November 1918 bezeichneten. Der „Marsch auf Berlin“ freilich endete diesmal noch an der Münchner Feldherrnhalle. Die weder nationalen noch sozialistischen Nationalsozialisten erklärten ihre vierzehn zu Tode gekommenen Putschisten zu Märtyrern. Sie inszenierten in den Folgejahren einen massenwirksamen Blutopferkult, mit dem der 9. November 1923 zum Auftakt der beginnenden Abrechnung mit dem 9. November 1918 stilisiert wurde.

Der nächste sogenannte Schicksalstag, der 9. November 1938, der programmatische und großangelegte Judenpogrom, wurde möglich, weil den noch am 9. November 1923 unterlegenen Nazis 1933 der inzwischen marode bürgerlich-demokratische Staat übereignet worden war. Die Reste demokratischer Rechte wurden liquidiert und durch eine Führerdiktatur ersetzt. Der Weg war frei, rassistischen Antisemitismus zur Staatsräson zu erheben. Unter den Augen des Volkes zeigten die Nazis den ohnehin bereits ausgegrenzten und rechtlosen deutschen Juden 1938 die „eigentlichen Instrumente“: brutale Gewalt gegen Menschen, Synagogen und das persönliche Eigentum, Vorstufe der späteren „Endlösung der Judenfrage“ im europäischen Maßstab durch industrialisierten Massenmord. Dieser 9. November 1938 muss seinen Platz in der historischen Erinnerungskultur – auch aus sehr aktuellen Gründen – unbedingt behalten. Sehr problematisch ist allerdings, dass dieses Opfergedenken indessen zum Zentralpunkt der Erinnerung an die Verbrechen der Naziherrschaft geworden ist. Der Begriff Faschismus ist für viele nur mit dem Holocaust definiert. Er bündelt für viele ihre Erinnerung an die Geschichte Deutschlands zwischen 1933 und 1945, also einseitig. Auch der 27. Januar, der Tag der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Sowjetarmee, ursprünglich als Tag des Gedenkens an alle Opfer der Nazidiktatur inauguriert, wird immer einseitiger zum Holocaust-Gedenken eingeeengt. Jährlich werden die Unbegreifbarkeit des Grauens der Massenmorde und zurecht die Verantwortung beschworen, dass sich antisemitischer Wahnsinn nie wiederholen dürfe. Doch Betrachtungen darüber, dass Antisemitismus und Fremdenhass historische und soziale Wurzeln hatten und haben, dass sie Nutznießer und Financiers fanden, sind entschieden zu selten. 2016 befand die Justiz, die Erfolge der Neonazis von heute seien noch nicht groß genug, um sie auf der Grundlage eines demokratischen Parteiengesetzes zu verbieten. So ist es Neofaschisten und rechtskonservativen Nationalisten möglich, unter politisch frustrierten, aber zugleich auch politisch unaufgeklärten oder desorientierten Teilen der Bevölkerung nach Anhängern zu fischen. Sie können davon ausgehen, dass Neofaschismus und Völkerhass nicht etwa als Vorstufe für künftige Verbrechen, sondern als demokratische Meinungsäußerung bewertet werden.

Der „Schicksalstag“ 9. November 1918, also die deutsche Revolution 1918/19, hat vergleichsweise zu den genannten Daten in der Erinnerungskultur und im Geschichtsbild der Deutschen bestenfalls einen marginalen Platz. Der Tag der revolutionären Geburt der deutschen Republik oder der 11. August 1919 als Tag der republikanischen Verfassung von Weimar sind weder Feier- noch Gedenktage. Man muss den Eindruck gewinnen, als schämte sich die politische Klasse der Gesellschaft der Tatsache, dass die deutsche Republik Resultat einer Revolution war, getragen

von der bis dahin größten demokratischen Massenbewegung des arbeitenden Volkes. Versagtes Erinnern erfüllt eine geschichtspolitische Aufgabe: Immunisieren gegen jeden Gedanken an neuerliche gesellschaftsverändernde antikapitalistische Volksbewegungen.

Trotz der vielen unter den Historikern geführten Debatten über die Revolution und einer umfassenden wissenschaftlichen Spezialbibliothek zum Thema harrt sie noch immer ihrer gebührenden Beachtung im historischen Bewusstsein der Deutschen. Hans-Ulrich Wehler veröffentlichte 1995 ein Buch über „Scheidewege der deutschen Geschichte“ und zählte die Revolution 1918 nicht dazu.ⁱⁱ Noch 2003 leugnete die Bundeszentrale für politische Bildung in den vor ihr herausgegebenen „Schlaglichtern der deutschen Geschichte“ jeden Zusammenhang zwischen dem 9. November 1918 und dem Entstehen der ersten deutschen Republik. Wir lesen: „Die Republik war gewissermaßen über Nacht gekommen, nicht als Ergebnis einer erfolgreichen Revolution...“ⁱⁱⁱ Bundeskanzlerin Merkel hielt im November 2008 eine Video-Ansprache zum geschichtsträchtigen 9. November, die kein Wort über den 9. November 1918 enthielt.^{iv}

Der Weg zur wissenschaftlichen Betrachtung der deutschen Revolution war lang und von prinzipiellen geschichtspolitischen Kontroversen geprägt. Die sozialdemokratische Historikerin der Arbeiterbewegung Helga Grebing listete in einem kurz vor ihrem Tode 2017 veröffentlichten polemischen Artikel zur Würdigung der Novemberrevolution zehn Attribute auf, mit der die Revolution in den Debatten bezeichnet worden war, als „steckengeblieben, halbherzig, gescheitert, fehlgeschlagen, unvollendet, klein gehalten, ungeliebt, verraten, vergessen“^v. Hinzuzufügen wären freilich noch das Adjektiv „überflüssig“ und die Behauptung, es habe 1918 gar keine Revolution gegeben.

Für die Rechtskonservativen war die Revolution der von langer Hand vorbereitete Dolchstoß der Heimat gegen das im Felde unbesiegte Weltkriegsheer, eine Lesart, an die der Traditionsbezug der NSDAP anknüpfte. Andere behandelten sie als unnötigen Irrweg auf dem Weg zur parlamentarischen Republik, der doch bereits durch die Oktoberreformen 1918 eingeleitet gewesen sei.

Für die Geschichtsschreibung in der DDR spielte sie freilich eine zentrale Rolle als von der Führung der SPD verratene Volksrevolution, die erst mit der Errichtung eines sozialistischen Staates im Osten Deutschlands wieder aufgegriffen und zum Siege geführt wurde. Als ihr zukunftsentscheidendes Resultat, als ihr wichtigstes Ergebnis galt die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Revolution und Parteigründung gehörten zu den konstitutiven Elementen historischer Legitimation der DDR.

In der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik dominierte zunächst die von der Bolschewismusfurcht des Kalten Krieges diktierte These Karl Dietrich Erdmanns, wonach im November 1918 eine „Revolution im Bündnis mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften“ verhindert werden und sich die Republik deshalb auf ein „Bündnis mit den konservativen Kräften wie dem alten Offizierskorps“ stützen musste.^{vi}

Erst Jahre später fand Anerkennung, dass historische Prozesse und Ereignisse hinsichtlich ihrer Ergebnisse stets offen sind, sie also verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten in sich bergen, von denen freilich manche als ungenutzte Chancen unterliegen. Eberhard Kolb (1960), Peter von Oertzen (1962) und Reinhard Rürup (1968) untersuchten die Arbeiterrätebewegung und deckten ihr beträchtliches demokratisches Potential auf. Damit wurde die deutsche Revolution auch in der Bundesrepublik zum eigenständigen Forschungsgegenstand und nicht mehr einseitig unter dem Aspekt des Scheiterns der Weimarer Republik untersucht. Die Fragen nach Spielräumen für die Führung der Sozialdemokratie und nach Chancen der in Bewegung geratenen Massen gewannen an Gewicht. Wenngleich in mancher Hinsicht unter verschiedenen Blickpunkten begannen nun auch Historiker der Bundesrepublik das in der Revolution Unterlassene und die dafür auszumachenden Verantwortlichkeiten zu diskutieren.

In der Historiographie der DDR war die schärfste Ablehnung der Politik der SPD in der Revolution, die mit dem moralischen Verdikt des Verrats belegt wurde, von Anbeginn für die Darstellung der Novemberrevolution kennzeichnend. Nun aber forderten auch Historiker der BRD eine kritischere Beurteilung des Agierens der sozialdemokratischen Führung. Schließlich war ihr gewissermaßen

über Nacht von der Massenbewegung der Arbeiter in Matrosenkluft und jener in den Fabriken das Heft des Handelns in die Hand gegeben worden.

Man gestatte mir an dieser Stelle einen Exkurs zu dem eben gebrauchten Begriff: Massenbewegung der Arbeiter in Matrosenkluft und jener in den Fabriken. Bis heute liest man, dass es sich an Nord- und Ostsee um Matrosenunruhen gehandelt habe und dass die revoltierenden Matrosen schließlich die Arbeiter bewegen hätten, sich ihnen anzuschließen. Tatsächlich war das, was in Kiel, Wilhelmshaven usw. losbrach, der Aufstand von Arbeitern in Matrosenuniformen, die wie die Arbeiter auf den Werften und in den Industriebetrieben vom Krieg genug hatten und in ihrem speziellen Fall gegen die Absicht der Marineleitung aufbegehrten, in aussichtsloser Kriegslage gegen den überlegenen Feind auszulaufen. Sie litten auf besondere Weise unter den Schikanen ihrer Offiziere und unter einer menschenunwürdigen Verpflegung. Was ihr besonderes revolutionäres Potential betrifft, so waren viele der Matrosen und Heizer im zivilen Leben Arbeiter gewesen, die über die notwendigen Kenntnisse verfügten, um eine komplizierte Maschinerie wie ein Kriegsschiff bedienen zu können, und die Erfahrungen in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung besaßen. An Bord Tag und Nacht zusammengespart, besaßen sie mehr als die Arbeiter an Land oder in den Bodentruppen Gelegenheiten, über ihre Lage und mögliche Auswege zu diskutieren und sich auch illegal zu organisieren. Ständig war die Zahl der Matrosen und Heizer gewachsen, die sich der USPD anschlossen und Kontakte zu ihren Parteigenossen an Land, auch zu den Bremer Linksradiكالen pflegten, die sich während der Revolution als „Internationale Kommunisten Deutschlands“ konstituierten und neben dem Spartakusbund zur zweiten Quellgruppe der in der Revolution geborenen KPD wurden. Kurzum: M. E. verdienen es die Matrosenunruhen, als Beginn des Arbeiteraufstandes in der Revolution 1918 bezeichnet zu werden. Weil sie dies waren, verstand die kaiserliche Regierung sehr wohl den Ernst der Lage. Deshalb entsandte sie ihren Staatssekretär Haußmann und die MSPD-Führung ihren Spezialisten für Marinepolitik Noske, um die Bewegung zu lokalisieren und mit beschwichtigenden Zugeständnissen ihre weitere Ausdehnung zu verhindern. Und: Tatsächlich war an manchen Orten fernab der Küste das Auftreten revolutionärer Matrosen eine Art Initialzündung für die Massenaktionen von Betriebsbelegschaften, aber in den meisten Ballungsgebieten der Industriearbeiterschaft begann die Revolution vor dem Erscheinen der Matrosen aus dem Norden. Und sie waren zunächst der einzige bewaffnete Schutz der aufständischen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Friedrich Ebert, eben noch zum Reichskanzler der Monarchie erhoben, nun aber von der Arbeiter- und Soldatenratsbewegung als Vorsitzender eines Rates der Volksbeauftragten an die Spitze der Volksbewegung geschoben, wollte die Revolution nicht. Er bevorzugte eine Änderung der Staatsform in eine parlamentarische, in einzelnen Punkten sozialpolitisch reformierte Monarchie. Der Druck der Straße veranlasste Philipp Scheidemann, die Republik auszurufen. Die demonstrierenden Arbeiter misstrauten der für sie kaum bemerkbaren Teilparlamentarisierung des Kaiserreichs durch die spärlichen Reformen vom Oktober. Sie wollten endlich Frieden, Brot und Demokratie, egal, ob sie Anhänger der MSPD, der oppositionellen USPD, des kleinen Spartakusbundes oder der Internationalen Kommunisten Deutschlands waren oder sich bis dahin gar nicht mit der Arbeiterbewegung verbunden gefühlt hatten. Zudem war die soziale Basis der revolutionären Bewegung keineswegs auf die Arbeiter beschränkt. Ihre Forderungen ergriffen auch beträchtliche Teile der Angestellten- und unteren Beamtschaft, der Lehrer, der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz, die sich gleichfalls Räte schufen, um für ihre Interessen zu kämpfen. Viele gingen in dem Glauben auf die Straße, sie unterstützten damit die neue Führung in Berlin, in die sie mehr oder weniger bescheidene oder anspruchsvolle Hoffnungen setzten und die sie vor der rasch anwachsenden Konterrevolution zu schützen glaubten. Die Volksbewegung des November 1918 reichte von den verschiedenen Strömungen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bis in Kreise des Linksliberalismus. Es entstanden Bedingungen für ein breites gesellschaftliches Bündnis der „Hand- und Kopfarbeiter“. Aber wer gab ihnen und ihren spontan gebildeten Räten die Orientierung, wer organisierte ihre

Bewegung, so dass die anfängliche Ohnmacht der Gegenrevolution für die Verwirklichung ihrer gesellschaftsverändernden Forderungen und für das Entstehen einer stabilen Demokratie hätte genutzt werden können?

Fragt man nach dem Platz der Revolution 1918, so ist nach ihren Aufgaben, Chancen, Leistungen und Grenzen zu fragen.

Überfällig war, zunächst zu vollenden, was 1848/49 unerledigt geblieben war. Fällig war eine bürgerlich-demokratische Republik, an die freilich höhere Ansprüche zu stellen waren als 1848. Nach dem wesentlich mit zu verantwortenden und verlorenen Weltkrieg musste den Kriegsschuldigen und Kriegsgewinnlern jede Einflussmöglichkeit auf die Gestaltung der Zukunft genommen werden. Also bedurfte die Revolution einer antiimperialistischen und antimilitaristischen Option, die auf die Veränderung der Gesellschafts- und Staatsverhältnisse abzielt, auf die Sozialisierung der wichtigsten Teile des Privateigentums an Produktionsmitteln, auf die nachhaltige Demokratisierung des Staates und der Wirtschaft sowie auf sozialen Fortschritt zum Wohle der Arbeitenden. Für eine solche Revolution bestanden angesichts der Stärke der vor allem von den Arbeitern getragenen Volksbewegung durchaus Chancen.

Aber den Möglichkeiten standen etliche gravierende Realitäten im Wege, die das Erreichbare eingrenzten. Einige der wichtigsten seien aufgeführt.

1. Der fortgeschrittene Stand kapitalistischer Entwicklung war beträchtlich relativiert durch die kriegsbedingte Zerrüttung der Wirtschaft und durch die von einem imperialistischen Frieden zu erwartenden Folgen.
2. Der Staatsapparat war in seinem zivilen wie militärischen Bereich auch nach der Beseitigung der Monarchie in hohem Grade funktionstüchtig.
3. Die als Kriegsparteien in Verruf geratenen bürgerlichen Parteien vermochten, nun als umbenannte „Volksparteien“ auftretend, ihre Massenbasis auf antikommunistischer Grundlage zu regenerieren.
4. Die russische Revolution inspirierte zwar den Kampf der entschiedenen Revolutionäre. Mehr noch aber wurde sie von den Gegnern und halbherzigen Befürwortern der Revolution als Schreckgespenst genutzt. Sie verteufelten die Räte als den Vorhof einer terroristischen Antidemokratie. Eine aufgeputschte antikommunistische und antisemitische mediale Propaganda verwirrte und verunsicherte die öffentliche Meinung. Das traf nicht nur die Kommunisten, sondern auch die linksorientierten Mitglieder und Anhänger der SPD und der USPD.
5. Die deutsche Arbeiterbewegung war am Ende des Krieges weder politisch noch sozial ein Monolith, sondern mehrfach gespalten und durch schwere Richtungskämpfe zerrissen. Es war der kleinere Teil der Arbeiterklasse in verschiedenen Zentren der Revolution, der sich eindeutig für ein Weitertreiben der Revolution bis zu einer sozialistische Umwälzung einsetzte. Große Teile der Arbeiterklasse strebten nicht nach einer totalen Veränderung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse, sondern waren für graduelle Reformen, die ihren Lebensalltag verbessern sollten.
6. Es darf auch nicht übersehen werden, dass weite Teile des flachen Landes von dem, was die Bezeichnung Revolution verdient, nicht erfasst waren. Dies ist bisher regionalgeschichtlich viel zu wenig untersucht worden. Als Beispiel führe ich das Territorium des heutigen Landkreises Teltow-Fläming an, in dem ich lebe. Damals reichte der alte Kreis Teltow bis an das Südufer der Spree, hatte also in seinem Norden z. B. mit Marienfelde ein industrielles Ballungsgebiet, in dem mit großer Heftigkeit die Kämpfe der Revolution ausgefochten wurden. In den südlich davon gelegenen Kleinstädten der Kreise Teltow und Jüterbog-Luckenwalde ist zwar ein demokratischer Aufbruch sichtbar, in dem viele Menschen lebenswichtige Aufgaben in die eigenen Hände nahmen und erste tastende Schritte in eine bürgerlich-demokratisch verfasste Gesellschaft gingen. Aber sehr bald ging dieser Aufbruch in eine relativ kameradschaftliche Zusammenarbeit der Räte mit den alten Kommunalgewalten über. Die Stadtverwaltung von Luckenwalde stellte in ihrem Rückblick auf die Monate der Revolution erleichtert fest, dass „die Ereignisse ruhig verlaufen sind und

niemandem ein Haar gekrümmt worden ist. Das Zusammenarbeiten der Stadt und der führenden Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats vollzog sich dank des Verständnisses beider Teile in entgegenkommender und verbindlicher Form, und die führenden Beamten der Stadt haben es wohl aussprechen können, das die besonnene Leitung der Massen durch den Arbeiter- und Soldatenrat die Stadt über die Zeit der Aufregung und der Unruhe glatt hinweg gebracht hat...^{“vii}

Und was geschah in den Dörfern rund um die kleinen Städte, wenn sie nicht in einem militärischen Garnisonsbereich lagen und von der Soldatenratsbewegung erfasst waren? Aufschlussreich sind die Gemeindeprotokoll- und Beschlussbücher vom November/Dezember 1918 im Kreis- und Verwaltungsarchiv Luckenwalde. Zwar fassten einige Gemeinden Beschlüsse über die Durchführung zentral angeordneter Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder zur Erwerbslosenfürsorge, andere Gemeindevertretungen traten in dieser Zeit zu keiner Sitzung zusammen. Wieder andere taten dies und befassten sich mit der Besetzung einer Nachtwächterstelle, mit der Reparatur des Pfarrbrunnens oder der Beleuchtung des Schulhauses. In einigen wenigen Dörfern wurden Bauernräte gebildet. Doch sie wurden paritätisch aus „Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ zusammengesetzt. In mindestens einem Fall wählte sich die Gemeindevertretung ihr Kontrollorgan Bauernrat selbst und bestimmte obendrein den Gemeindevorsteher zu dessen Vorsitzenden.

Nimmt man die hier nur unvollständig genannten realen Umstände zusammen, so muss gefolgert werden: Von einer realen sozialistischen Chance kann für 1918 nicht gesprochen werden. Dies schmälert nicht die Anerkennung für den Kampf ihrer Befürworter. Ihre Leistungen und Opfer sicherten die Anfangserfolge der Revolution und die Möglichkeiten weiteren sozialen und demokratischen Fortschritts.

Selbst in den Räten, in denen rasch ein parlamentarischer Arbeitsstil mit Fraktionen und Parteienproporz statt parteienübergreifende Aktionseinheit einzog, herrschte Uneinigkeit über die Aufgaben und den Charakter des Gremiums. Viele Räte hielten sich für Machtorgane, obwohl sie nur Kontrollen des Bestehenden ausführten. Die Führung der MSPD lehnte die Räte grundsätzlich ab. Von Anbeginn sah sie in ihnen eine lästige Konkurrenz zur angestrebten parlamentarischen Repräsentativdemokratie. Basisdemokratische Räte akzeptierte sie nur zeitweilig und unter ihrer Hegemonie als Kontrollorgane und verlängerten Arm der staatlichen Bürokratie bei der Lösung virulenter Überlebensprobleme der Gesellschaft nach der katastrophalen Kriegsniederlage. Die Aktivität und die Verdienste der Räte waren z. B. bei der Lebensmittelversorgung, bei der Demobilisation eines zurückflutenden Millionenheers, beim Schutz des Eigentums usw. willkommen. Nur der linke Flügel der Partei verteidigte ihre Existenz, weil er in ihnen zurecht ein Potenzial für die Entwicklung einer Wirtschaftsdemokratie in einer bürgerlich-demokratischen Republik sah.

In der USPD sah man in den Räten mehrheitlich die Träger und Garanten der Revolution. Aber viele verstanden sie wie die MSPD auch als zeitweilige Institution, im Unterschied zur Mehrheitssozialdemokratie freilich für eine des Übergangs zu einem Parlamentarismus mit einer gesicherten sozialistischen Mehrheit. Die Vertreter des sogenannten „reinen Rätegedankens“ um Richard Müller und Ernst Däumig auf dem linken Flügel der USPD sahen im basisdemokratischen Rätssystem einen Typus sozialistischer Demokratie, die Alternative zu dem an die kapitalistische Wirtschaftsordnung gebundenen bürgerlichen Parlamentarismus. Doch sie entwickelten ihre Vorstellungen erst im späteren Verlauf der Revolution, als der Reichsrätekongress im Dezember bereits mehrheitlich für die Nationalversammlungswahl votiert und damit die sukzessive Abschaffung der Räte beschlossen hatte. Es rächte sich der Mangel an einem alternativen, sozialistischen Demokratiekonzept, durch den das Agieren der Revolutionäre 1918/19 von Beginn an belastet war, (und der ja bis heute nicht behoben ist). Dieser Mangel bestimmte die Debatte über die Alternative Rätssystem oder Nationalversammlung bzw. über die mögliche Verbindung von Nationalversammlung und Rätewacht. Die modellhaften Vorstellungen Ernst Däumigs für ein von unten nach oben aufgebautes Rätewacht system vermochten den Ausgang der Revolution nicht zu beeinflussen.

Die Kommunisten sahen in den Räten parteiübergreifende Massenorganisationen, geeignet als Machtorgane einer Diktatur des Proletariats. Dieser Begriff war für sie deckungsgleich mit sozialistischer Demokratie. Aber von Anfang an begründeten sie ihre einschlägigen Vorstellungen in einer ausschließlichen Diskontinuität zur geschichtlichen Entwicklung menschlicher Rechte und Freiheiten. Dieser undialektische Fehlansatz der äußersten Linken und der bereits in der Revolution erkennbare apodiktische Umgang mit andersdenkenden Linken sollten sich in der Zukunft als besonders verhängnisvoll erweisen.

In der Revolution lag die Last der Hauptverantwortung ohne Zweifel auf den Schultern der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer. Sie aber verweigerten sich der Möglichkeit, auf die Arbeiter- und Soldatenräte gestützt, das Verlangen der Volksbewegung aufzugreifen, den Militarismus endlich auszurotten und eine Gesellschaft zu gestalten, die eine Wiederholbarkeit von Kriegen ausschlosse.

Gerade das bezeugt die Eilfertigkeit der führenden rechten Sozialdemokraten am Beginn der Insurrektion auf den Schiffen und in den Häfen der kaiserlichen Marine, also noch bevor der Aufruhr die Hauptstadt erreichte, mit der Gustav Noske nach Kiel entsandt wurde, um die Bewegung der Matrosen einzudämmen, sie aus stürmischer See in seichtes Hinterwasser umzulenken und dort auf Grund laufen zu lassen.

Friedrich Ebert und die Seinen führten eben keine Revolution an, sondern verwalteten die Konkursmasse der gestürzten Monarchien. „Der Kaiser ging, die Generale blieben“ wurde im Volksmund die gängige Kennzeichnung der Situation.

Der geringste Versuch, die gerade errungene Republik unter den Schutz einer von der Rätebewegung getragenen republikanischen Streitmacht zu stellen, unterblieb. Im Gegenteil, Ebert gab der kaiserlichen Heeresführung die Möglichkeit, ihre militärischen Niederlagen an den Weltkriegsfronten durch Siege im Kampf gegen jene zu kompensieren, die mehr wollten als eine republikanische Hülle für den Fortbestand einer durch einzelne Reformen verbesserten kapitalistischen Gesellschaftsordnung. In einer aufgeputschten Hysterie gegen eine angeblich von Liebknecht geplante und kurz vor der Ausführung stehende kommunistisch-terroristische Machtübernahme, entwickelte sich die Gewalt von rechts zwischen Dezember 1918 bis weit in das Jahr 1919 hinein zum Alltagsphänomen. Zu den Gräueltaten der Freikorps stellte der irische Historiker Mark Jones jüngst zutreffend fest: „Der Ebert-Groener-Pakt war jetzt mit Blut besiegelt.“^{viii}

Doch es blieben nicht nur die Generale, sondern auch die Magnaten der vom Krieg profitierenden Konzerne. Plakate kündeten zwar mit der demagogischen Losung „Der Sozialismus marschiert!“ von der Sozialisierung der Kohle- und Stahlindustrie, aber die wenigen Sozialisierungsprojekte verliefen sich im Sande. Die kaiserliche Staatsbürokratie blieb im Amt, die Justiz blieb die alte. Die Hoffnung vieler Revolutionsteilnehmer, Wahlen zur Nationalversammlung würden die Arbeiterparteien siegen sehen und ihnen Möglichkeiten zur Umgestaltung der Gesellschaft eröffnen, blieb Illusion. Da ihre Positionen nicht nachhaltig angegriffen wurden, konnten sich die antirevolutionären und antirepublikanischen Parteien rasch aus ihrer Schockstarre befreien, in die sie im ersten Ansturm der Revolution gefallen waren. Sie erfanden neue Parteinaamen und gingen mit antikommunistischen Losungen auf Stimmenfang unter jenen, die der antibolschewistischen Hysterie zum Opfer gefallen waren. Aus den Wahlen zur Nationalversammlung ging keine Arbeiterregierung hervor, sondern eine von der Mehrheitssozialdemokratie angeführte Parteienkoalition, die jener ähnelte, die bereits im kaiserlichen Reichstag seit Juli 1917 als Interfraktioneller Ausschuss fungiert hatte.

Ist es aber gerechtfertigt, angesichts der Tatsache, dass die Revolution die in ihr geborene Weimarer Republik nur mit einer höchst fragilen Demokratie ausstattete, von einer Niederlage der Revolution zu sprechen? Eine Niederlage erlitt ohne Frage der Versuch einer Minderheit der Revolutionäre, die Revolution bis zum Entstehen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung voranzutreiben, nicht aber die breite Volksbewegung. Sie sorgte für ansehnliche politische und soziale Fortschritte. Sie entsprach dem Willen des kriegsmüden Volkes, endlich wieder in Frieden leben zu können. Die Revolution erntete den späten Erfolg der Massenstreikbewegungen von

1917 und 1918, den die politische und militärische Führung bis zuletzt zu unterbinden trachtete. Der ersehnte und erkämpfte Frieden war, wie Frank Deppe zutreffend formulierte, „für den überwiegenden Teil des Bevölkerung... kein „Dolchstoß“, sondern eine große humanistische Tat“.^{ix}.

Die Revolution stürzte den völlig diskreditierten deutschen Kaiser- und preußischen Königsthron der Hohenzollern sowie die monarchischen Oberhäupter aller anderen deutschen Bundesstaaten. Zum ersten Mal betrat eine demokratisch verfasste deutsche Republik die Bühne der Geschichte. Freilich, sie war kurzlebig und das hing auch mit den Schwächen der Revolution zusammen, aus der sie hervorgegangen war. Doch die Revolution war keineswegs die Ursache für 1933, als die von den Nazis angeführte Konterrevolution der demokratischen Republik den Todesstoß versetzte und der terroristische Feldzug gegen die „Novemberbrecher“ von 1918, Kommunisten, Sozialdemokraten und andere antifaschistische Demokraten Staatsalltag wurde.

Aber Frieden und Republik war nicht alles, was auf der Habenseite der Revolution von 1918/19 steht. Die Demonstranten auf den Straßen und die Räte der Arbeiter und Soldaten erzwangen in wenigen Wochen die Verwirklichung vieler Forderungen, um deren Erfüllung die Arbeiterbewegung jahrzehntelang gekämpft hatte.

Errungen wurde endlich das allgemeine, gleiche und direkte Wahl- und Stimmrecht aller über 20 Jahre alten Bürger, also die Abschaffung des undemokratischen preußischen Dreiklassenwahlrechts und ähnlicher die sozial Schwächeren ausgrenzenden Wahlsysteme in anderen deutschen Bundesstaaten. Dafür hatten die sozialdemokratischen Arbeiter 1910 und 1913 Hunderttausende erfassende Kampagnen geführt, ohne Erfolg, der ihnen selbst noch am Vorabend der Revolution mit der Ablehnung einer neuerlichen Wahlrechtsvorlage im Reichstag verwehrt worden war. Erkämpft wurde in diesem Zusammenhang endlich die Gültigkeit demokratischen Wahlrechts für die Frauen, worum sozialdemokratische Frauen und bürgerlich-demokratische Reformerrinnen in Deutschland jahrzehntelang gerungen hatten. Die Frauen z. B in Spanien mussten noch bis 1931, die in Frankreich bis 1944, die in Italien bis 1946 und in der Schweiz gar bis 1971 um ihr Wahlrecht kämpfen.

Erzwungen wurde das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie das Recht auf freie Vereinigung und Versammlung.

Die Revolution befreite Landarbeiter und Dienstboten aus den Zwängen der Gesindeordnung. Sie schuf Voraussetzungen für die Entwicklung eines arbeitsrechtlichen Tarifwesens, was die Anerkennung der Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeitenden gegenüber den Unternehmern mit sich brachte. Die Gewerkschaften gewannen in den Monaten der Revolution bedeutend an Autorität. In kurzer Zeit schnellten ihre Mitgliederzahlen von rund einer Million auf acht Millionen hoch.

Erkämpft wurde der Acht-Stunden-Arbeitstag, für den Jahr um Jahr am 1. Mai demonstriert worden war. Die Bedeutung dieses Revolutionsergebnisses wird deutlich, wenn man beachtet, dass in den USA der Acht-Stunden-Normalarbeitstag erst 1938 Gesetzeskraft erhielt, in Frankreich 1944, in Italien 1946 und in der Schweiz 1971. In Großbritannien ist er bis heute nicht gesetzlich vorgeschrieben.

Die Trennung von Staat und Kirche kam voran

Zu den Leistungen der Revolution von 1918 gehört auch die Verfassung der Weimarer Republik. Sie war eine der für die damalige Zeit progressivsten staatlichen Grundgesetze einer bürgerlich-demokratischen Republik und wäre ohne den Druck der revolutionären Bewegung nicht zustande gekommen.

Für die Kennzeichnung des Platzes der Novemberrevolution und ihrer bis in die Gegenwart wirkenden Ergebnisse ist auch ein Vergleich ihrer Resultate mit den Forderungen des Erfurter Programms der SPD von 1891 sinnvoll. Dieses strategisch-taktische Parteiprogramm war zum Zeitpunkt der Revolution immerhin mehr als ein Vierteljahrhundert alt. Erst die Revolution brachte zu Wege, dass ein großer Teil der darin für die nächste Zukunft formulierten politischen und Arbeiterschuttforderungen erfüllt werden musste. Dass nicht mehr erreicht wurde, liegt nicht zuletzt daran, dass sich die Führung der Sozialdemokratie lange vor dem Godesberger Parteitag im November 1959, teils bereits vor 1914 und völlig während des „Burgfriedens“ im ersten

Weltkrieg von der marxistisch formulierten Einleitung des Erfurter Programms in der Sache verabschiedet hatte bzw. sie nur noch wortradikal im Munde führte. Dort waren noch strategische Ziele angesprochen worden (und ich zitiere hier Wörtliches) wie der „Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit“, der ohne „den Besitz der politischen Macht“ der Arbeiterklasse nicht bewirkt werden könne.^x Aber auch im Erfurter Programm aufgestellte demokratische Forderungen der SPD wie „Direkte Gesetzgebung durch das Volk“ oder „Volkswehr anstelle des stehenden Heeres“^{xi} gehörten in der Revolution nicht zur Programmatik der Mehrheitssozialdemokratie.

So wurde in der Revolution 1918/19 die Chance vergeben, wenn schon nicht der Weg in eine sozialistische Republik zu öffnen war, so doch, gestützt auf die Rätebewegung und auf hunderttausende demonstrierende Frauen und Männer, durch mutige Demokratisierungs- und Sozialisierungsmaßnahmen eine stabile Demokratie zu begründen, die 1933 nicht zum Opfer des Hitlerfaschismus geworden wäre. Die geringe Lebensdauer der Weimarer Republik war zwar durch das Ergebnis der Revolution von 1918/19 nicht zwangsläufig vorherbestimmt; dazu trugen zahlreiche weitere Faktoren bei. Aber zugleich ist offensichtlich, dass der nachrevolutionäre Kampf gegen die Konterrevolution in einer fragilen Demokratie außerordentlich erschwert sein musste. Die Verhältnisse der Zeit und die Beschaffenheit der Arbeiterbewegung ermöglichten verhängnisvolle Halbheiten. Die Revolution war zwar eine nicht zu unterschätzende Wegmarke auf dem steinigen Pfad zum historischen Fortschritt in Deutschland, aber seine entschiedensten Verfechter unterlagen. Das war sowohl den Umständen geschuldet, unter denen sie handelten, aber auch ihrem Handeln selbst.

Überblicken wir das ganze Geschehen sowohl mit dem Blick zurück auf die Geschichte der Demokratieentwicklung seit 1848 als auch mit dem Blick auf die Geschichte Deutschlands nach der Revolution von 1918/19, so bieten sich zwei Feststellungen an:

Erstens: Die deutsche Revolution von 1918/1919 war eine herausragende Massenbewegung der Arbeiter und aller anderen Lohnabhängigen mit führendem Anteil der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Zivil und Uniform, ja, die wohl größte demokratische Massenaktion in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Sie erbrachte einen bis heute wirkenden Zugewinn an politischen und sozialen Rechten des arbeitenden Volkes und stieß das Tor zu einer möglichen demokratischen und sozialstaatlichen Republik auf.

Zweitens: Der Verlauf dieser Revolution und der frühe Untergang der durch die Revolution konstituierten bürgerlich-demokratischen Weimarer Republik sind zugleich ein Lehrstück der deutschen Demokratiegeschichte. Es vermittelt den Nachweis, dass eine demokratische Entwicklung so lange instabil und reversibel bleibt, wie die in ihrer Geburtsstunde erhobenen Forderungen der Träger der Revolution unvollkommen oder gar nicht erfüllt werden. Man betrachte die Gegenwart, und es wird deutlich, dass es auch für die heutige bürgerlich-demokratische Republik keine von Gott geleistete Garantie für ihre Unangreifbarkeit gibt. Die Aufgabe, die auch ein Vermächtnis der Revolution von 1918 ist, bleibt höchst aktuell, nämlich diese Demokratie nicht nur gegen ihre offen oder versteckt operierenden Feinde zu verteidigen, sondern sie mit langem Atem zu einer zu entwickeln, in der Demokratie in ihrem Wortsinn wirkliche Volksherrschaft sein wird.

Noch ist das Jahr jung, in dem der Revolution vor 100 Jahren gedacht wird. Erfreulicherweise kann man bereits an seinem Beginn Anzeichen dafür ausmachen, dass das Jubiläum Fortschritte in der öffentlichen wissenschaftlichen und geschichtspolitischen Wahrnehmung der Revolution im Sinne der beiden genannten Feststellungen erbringen wird. Geplante Ausstellungen, die Thematik wissenschaftlicher Veranstaltungen und der Bildungsarbeit in großen Gewerkschaften sowie die ersten bereits vorliegenden neuen Darstellungen der Revolutionsgeschichte erlauben den Eindruck, dass es 100 Jahre nach der Revolution gelingen könnte, diesem so überaus wichtigen Geschehen zu einem unveräußerlichen Platz im Geschichtsbild zu verhelfen. Zwar werden die Konservativen weiterhin Gegner dieser und jeder anderen Revolution sein, es sei denn, sie sei konservativ oder drehe das Rad der Geschichte zurück. Jetzt aber erheben mehr und mehr demokratische Kräfte unterschiedlicher Farbe ihre Stimme. Sie nehmen den Faden auf, den

dezidiert linksorientierte Historiker bereits zum 90. Jahrestag in einschlägigen Tagungen gesponnen haben. Ich nenne dafür nur Beispiele, die ich kenne, weil ich in sie in der einen oder anderen Art als Autor Referent oder Rezensent involviert bin.

Ich verweise z. B. auf die große Ausstellung der Stadt Kiel, die ab 6. Mai 2018 unter dem Titel „Die Stunde der Matrosen“ die Initialzündung der Revolution und ihre Wirkungen im Revolutionsverlauf würdigen wird. Der Bergische Geschichtsverein plant für Januar 2019 im Rathaus von Wuppertal eine Ausstellung zum revolutionären Geschehen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Ich meine auch die Bildungstagungen der Gewerkschaft ver.di in Berlin und Lübeck im Juni und Oktober dieses Jahres. Und bereits jetzt liegen aus einem sicher noch anschwellenden Strom von Publikationen einige interessante Bücher vor, die den Platz der Novemberrevolution unter aktuellen Blickwinkeln neu bedenken. Man muss nicht mit allem einverstanden sein, was in diesen Büchern geschrieben steht. Erfreulich ist aber auf alle Fälle der Ansatz, die Revolution in differenzierter Analyse als ein Positivum in der deutschen Geschichte zu bewerten und sie – freilich mehr oder weniger – als Lehrstück in der deutschen Demokratiegeschichte zu untersuchen.

„Es ist Zeit...“ überschreibt Wolfgang Niess den Prolog zu seinem neuen Buch über die Revolution von 1918/19. Er beginnt ihn mit dem Satz: „Revolutionen haben es manchmal schwer, in der historischen Tradition ihrer Völker ‚anzukommen‘. Das... gilt auch für die Revolution von 1918/19. Aber einhundert Jahre danach ist es Zeit, sie endlich zum festen Bestandteil unserer demokratischen Tradition zu machen.“ Unter Hinweis auf die akuten Bedrohungen der Demokratie in Europa schreibt er: „Gerade jetzt sollten wir uns deshalb erinnern, dass die politische Demokratie eine großartige Errungenschaft ist, für die in den Revolutionsmonaten 1918/19 Arbeiter und Soldaten, Männer und Frauen gekämpft haben. Wir verdanken sie ihrer Bereitschaft, notfalls ihr Leben für diese Demokratie einzusetzen... Die Revolutionsbewegung von 1918/19 hat mehr gewollt, als sie damals erreicht hat. Aber kann man den Erfolg allein daran messen, ob die Revolutionsbewegung alle ihre Ziele erreicht hat?“^{xii}

Ein zweites Beispiel. Joachim Käppner erklärt sein Herangehen an die Darstellung der Revolution mit den Worten: „In anderen demokratischen Staaten wäre der Sturz der alten Throne der Stoff, aus dem die Mythen der eigenen Gründungsgeschichte gewebt werden: Männer und Frauen, die sich der Ungerechtigkeit entgegenstellen, ihr Leben riskieren, um eine bessere Welt zu schaffen... Aber es gibt keine vergleichbare Erzählung über den erstaunlichen Triumph der ersten Novembertage 1918, als die Freiheit plötzlich zu siegen schien in Deutschland.“^{xiii}

Was ich bisher an Neuerscheinungen übersehe, so wird natürlich auch deutlich, dass in der Renaissance der deutschen Revolution in der Erinnerungskultur auch Streitpunkte offengelegt werden. So fällt Joachim Käppner zwar ein scharfes Sachurteil über die Politik der mehrheitssozialdemokratischen Führung, wenn es aber um ein Werturteil über ihre subjektive Verantwortung geht, bleibt es bei der Suche nach mildernden Umständen. Auffällig und viele Fakten ignorierend ist auch die vergleichsweise kursorische und undifferenzierte Behandlung des linken Flügels der Revolutionäre. Er wird mit dem Etikett eines realitätsfremden und putschistischen Störenfrieds von links gegen eine besonnene Revolution versehen.

Lassen wir es genug sein. Wissenschaftlicher Streit und unsere Hoffnung gehören zusammen, dass die geschichtswissenschaftlichen und publizistischen Aktivitäten des Jahres 2018 dem tatsächlichen Gewicht der Revolution vor 100 Jahren gerecht werden. Es möge alles Reden von einer „überflüssigen“, „verlorenen“ oder „vergessenen“ Revolution verstummen, so dass die Revolution als großes Ereignis der deutschen Demokratie- und Sozialgeschichte endlich einen dauerhaften Platz im Geschichtsbild und in einem demokratischen Geschichtsbewusstsein der Deutschen einnehmen kann. Die Historiker, deren Arbeiten an Marx und Engels orientiert sind, besitzen das Potential, dazu nach Kräften beizutragen.

Prof. Dr. Heinz Karl

*Die Gründung der KPD und ihre Wirkung**

In der deutschen Novemberrevolution 1918/19 vollzog sich eine Um- und Neuformierung politischer Kräfte und Organisationen, die von weitreichender Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert *und darüber hinaus war und ist*. Eine dieser Kräfte war die am 30. Dezember 1918 gegründete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD).

Sie trat an mit dem Grundanliegen, den militärischen Zusammenbruch des deutschen Imperialismus auszunutzen, um die politische Macht des Großkapitals und der Großagrarier zu stürzen, deren Unterdrückungsapparat zu zerschlagen, der Arbeiterklasse und ihren Organisationen – vor allem den Arbeiter- und Soldatenräten – entscheidende politische Machtpositionen zu sichern und Deutschland auf einen sozialistischen Entwicklungsweg zu führen. Heute – hundert Jahre danach – herrscht in Deutschland immer noch das Großkapital; und das, obwohl es einen noch verheerenderen zweiten Weltkrieg entfesselt und noch eklatanter verloren hat! Aber dieses Jahrhundert war erfüllt von gewaltigen Klassenauseinandersetzungen, die nicht wenige zeitweilige Teilerfolge erbracht haben und in dem für fast ein halbes Jahrhundert in einem Teil Deutschlands die Macht des Kapitals gebrochen und eine sozialistische Entwicklung in Angriff genommen worden war.

Der gegenwärtige und künftige Kampf für die Überwindung des menschenfeindlichen und naturzerstörenden Kapitalismus, für eine vom Druck des Kapitals befreite, sozialistische Welt kann sich also auch in Deutschland auf reiche Kampferfahrungen und reale Erfahrungen *des Sieges* über die imperialistische Bourgeoisie stützen, deren sinnvolle Nutzung unabdingbar für einen erfolgreichen Kampf heute und morgen ist.

Heute wird vielfach, in kleinen und kleinsten Gruppen, aber auch in breiten sozialen Bewegungen, die Meinung vertreten, Parteien hätten sich überlebt und sollten den neuen Bewegungen Platz machen. Das widerspiegelt das Versagen vieler Parteien vor den Herausforderungen der Gegenwart – auch sozialdemokratischer und pseudo-sozialistischer Parteien, die sich vom Ziel der Ablösung des Kapitalismus durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung verabschiedet haben. Solche Parteien haben sich in der Tat überlebt. Nicht überlebt aber haben sich Parteien, die im Geiste von Marx, Engels und Lenin wirken. Sie können – und müssen – den neuen sozialen Bewegungen echte *Partner* – nicht „Führer“ – sein, den Bewegungen, die, so machtvoll sie auch sein mögen, auf Grund ihrer Breite, aber auch Spezifik, und ihrer Heterogenität – die gerade ihre Stärke und Bedeutung ausmachen – nicht die Aufgaben einer progressiven, revolutionären politischen Partei erfüllen können. Für sozialistische, kommunistische Parteien, die im Sinne von Marx und Lenin wirken, ist das eine enorme Herausforderung.

Aus all dem erhellt, dass die Geschichte der KPD natürlich ein historisches, aber gleichermaßen auch ein *aktuelles* und *perspektivisches* Thema ist.

Auf dem Wege zur KPD

Die Vorgeschichte der KPD war dadurch gekennzeichnet, dass sie sich als bewusster Teil der innerparteilichen Opposition gegen die Politik des 4. August 1914 herausbildete, aber diese nicht insgesamt integrierte (denken wir an die Bremer und andere Linke); auch nicht, als die SPD-Führung zur Spaltung der Partei überging und damit die Bildung einer alternativen linkssozialistischen Partei auf die Tagesordnung setzte, die *führende Mitgestaltung* dieses Prozesses anstrebte.

Schon unter den 14 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die in der Fraktionssitzung am 3. August 1914 die Ablehnung der Kriegskredite forderten, waren vier spätere Kommunisten (Friedrich Geyer, Josef Herzfeld, Karl Liebknecht, Otto Rühle). Zum Ausgangspunkt der Formierung einer konsequenten, zielklaren Opposition wurde Karl Liebknechts „Nein!“ am 2. Dezember 1914. Markante Stationen ihrer Sammlung um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara

Zetkin und Franz Mehring waren das Erscheinen der Zeitschrift „Die Internationale“ am 14. April 1915, das von Karl Liebknecht entworfene Protestschreiben an Parteivorstand und Reichstagsfraktion der SPD vom 9. Juni 1915, das von ca. 1000 Funktionären und Mandatsträgern unterzeichnet wurde, die Reichskonferenz der Gruppe „Internationale“ am 1. Januar 1916 und in deren Ergebnis das Erscheinen der „Spartacus“-Briefe seit dem 27. Januar 1916.

Als die provokatorische Spaltungspolitik der opportunistischen, sozialchauvinistischen SPD-Spitze die Gründung der alternativen USPD (6./8. April 1917) erzwungen hatte, schloss sich die Spartakusgruppe – unter Wahrung ihrer politischen Eigenständigkeit – der neuen Partei an, obwohl sie durch zentristische Kräfte dominiert wurde. Diese Entscheidung entsprach den realen Gegebenheiten, die – vor allem infolge des Kriegszustandes – außerordentlich kompliziert waren. Sie sicherte die Verbindung zu organisierten Massen mit sozialistischer Orientierung. Sie gewährleistete die ständige politische Einflussnahme auf eine bereits bestehende, aktiv handelnde organisierte Vorhut mit Massencharakter. Sie ermöglichte die Verbindung von illegaler und legaler Arbeit in großem Umfang, die maximale Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten.

Eine sofortige Konstituierung als selbständige revolutionäre Partei hätte die Spartakusgruppe vermutlich in eine sektenhafte Isolierung geführt. Man könnte allenfalls die Frage stellen, ob die Spartakusgruppe alle Möglichkeiten genutzt hat, in der USPD noch größeren Einfluss zu erlangen – beantworten kann sie aber nur eine sehr detaillierte Untersuchung. Auch diese Phase in der Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Deutschland lehrt, dass für sie die Umsetzung eines richtigen theoretischen, programmatischen Konzepts in konkrete politische Aktion und entsprechende Organisation eine komplizierte und mit Risiken verbundene Aufgabe ist.

In den Massenaktionen der Jahre 1917 und 1918, wie dem großen Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918, wirkte die Spartakusgruppe impulsgebend, als Motor, gewann viele neue Mitstreiter und erhöhte ihre Organisiertheit. Ihre Reichskonferenz Mitte Oktober 1918, an der auch Vertreter der „Linksradiakalen“ teilnahmen, konstatierte „eine revolutionäre Situation, die alle Probleme neu entrollt, die die deutsche Bourgeoisie in der Revolution von 1848 nicht zu lösen fähig war“ und den Kampf um „die deutsche sozialistische Republik“/1/ auf die Tagesordnung setzte. Sie forderte die Aufhebung des Belagerungszustandes und aller repressiven Maßnahmen gegen Soldaten und Zivilisten, aber auch die Enteignung des Bankkapitals, der Bergbau- und Hüttenindustriellen und der Großagrarien sowie die Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien. Sie warnte vor den gerade eingeleiteten „Demokratisierungs“-Manövern der Herrschenden mit Hilfe rechter Sozialdemokraten: „Der Kampf um die wirkliche Demokratisierung geht nicht um Parlament, Wahlrecht oder Abgeordnetenminister und anderen Schwindel; er gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes: Besitz an Grund und Boden und Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und über die Justiz.“ /2/ Die Konferenz beschloss, in allen Orten die Initiative zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten zu ergreifen. In diesem Sinne nahmen in Berlin die führenden Spartakus-Funktionäre Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck seit dem 26. Oktober an den Sitzungen des Vollzugausschusses der revolutionären Obleute teil und wurden - ebenso Ernst Meyer - in dessen Leitung gewählt.

Schon in den ersten Revolutionstagen, am 11. November, konstituierte sich die Spartakusgruppe in Berlin als *Spartakusbund* mit einer aus 13 Mitgliedern bestehenden Zentrale. In dieser waren verantwortlich für die Redaktion der seit dem 9. November erscheinenden Tageszeitung „Die Rote Fahne“: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg; für Reichsagitation: Leo Jogiches, der wie schon in der Illegalität sich auch jetzt als der überragende Organisator von Spartakus bewährte; für Groß-Berliner Agitation: Wilhelm Pieck; für Geschäftsführung: Hugo Eberlein; für Soldatenagitation: Willi Budich; für Frauen- und Jugendagitation: Käthe und Hermann Duncker. Ferner gehörten Franz Mehring, Paul Lange, Paul Levi, Ernst Meyer und August Thalheimer der Zentrale an.

Der nächste wichtige Schritt war die Veröffentlichung der von Rosa Luxemburg verfassten Programmschrift „Was will der Spartakusbund?“ am 14. Dezember 1918. Sie arbeitete mit aller Klarheit heraus, dass nur eine grundlegende Umwälzung der Eigentumsverhältnisse, der Übergang zum Sozialismus den bisher vom Kapital ausgebeuteten oder benachteiligten Klassen

und Schichten ein menschenwürdiges Leben und den Völkern den Frieden sichern könne. Aber es sei „ein toller Wahn zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten.“ /3/ Die imperialistische Bourgeoisie „wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen. Sie wird das Bauerntum gegen die Städte mobil machen, sie wird rückständige Arbeiterschichten gegen die sozialistische Avantgarde aufhetzen, sie wird mit Offizieren Metzereien anstiften, sie wird jede sozialistische Maßnahme durch tausend Mittel der passiven Resistenz lahmzulegen suchen... – sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.“ /4/ Deshalb setze eine Lösung der Eigentumsfrage die konsequente Entscheidung der Machtfrage voraus. „All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden, ... die Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung der herrschenden Klassen.“ /5/

Die Programmschrift untersetzte dies mit den schon von der Reichskonferenz Mitte Oktober 1918 gestellten Forderungen zur allseitigen Ersetzung des monarchistisch-bürgerlichen Staatsapparates durch einen von den Arbeiter- und Soldatenräten geprägten. Die im Oktober gestellten wirtschaftlichen Forderungen wurden ergänzt durch die nach Enteignung aller Großbetriebe in Industrie und Handel, nach „Wahl von Betriebsräten in allen Betrieben, die im Einvernehmen mit den Arbeiterräten die inneren Angelegenheiten der Betriebe zu ordnen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben“ /6/ sowie nach „Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung im ganzen Reiche; bäuerliche Kleinbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zu deren freiwilligem Anschluß an die sozialistischen Genossenschaften“. /7/

Wie – in Anlehnung an das „Kommunistische Manifest“ - zusammenfassend festgestellt, verstand sich der Spartakusbund als „der zielbewussteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt“/8/.

Angesichts der konterrevolutionären Politik des von SPD und USPD paritätisch besetzten Rates der Volksbeauftragten beschloss die Zentrale des Spartakusbundes am 22. Dezember 1918 die Durchführung einer Reichskonferenz und forderte – ebenso wie zahlreiche USPD-Organisationen –vom Parteivorstand der USPD die Einberufung eines Parteitages, was von der USPD-Spitze mit fadenscheiniger Begründung abgelehnt wurde.

Die Reichskonferenz am 29. Dezember 1918 sprach sich für die Trennung von der USPD und die Gründung einer selbständigen Partei aus. (Drei Gegenstimmen richteten sich nicht gegen diese grundsätzliche Entscheidung, sondern plädierten für deren längere Vorbereitung.)

Der Gründungsparteitag trat am 30. Dezember 1918 zusammen und tagte bis zum 1. Januar 1919. Er fasste noch am 30. Dezember den Beschluss: „Unter Lösung seiner organisatorischen Beziehungen zur USP konstituiert sich der Spartakusbund als selbständige politische Partei unter dem Namen: Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).“ /9/ Am Parteitag nahm eine starke Delegation linksradikaler Gruppen (seit November 1918: Internationale Kommunisten Deutschlands) teil, die am 31. Dezember deren Beitritt zur KPD (Spartakusbund) erklärten /10/. Eindrucksvoll demonstrierte der Parteitag seine internationalistische Verbundenheit mit der KP Russlands und der Russischen Sowjetrepublik, als deren Vertreter Karl Radek ihn begrüßte.

Das am 14. Dezember veröffentlichte Programm fand – von Rosa Luxemburg erläutert – allgemeine Zustimmung und wurde, mit unwesentlichen Veränderungen, zum Programm der jungen Partei, die es unzweideutig als revolutionäre marxistische Partei auswies. Dass es in ihr aber nicht nur grundlegende Übereinstimmung, sondern auch Differenzen in wichtigen Fragen gab, bewiesen vor allem zwei Debatten. So lehnte eine große Mehrheit der Delegierten, getragen von revolutionärer Ungeduld, einem rein gefühlsmäßigen Herangehen die von der Zentrale empfohlene

Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 ab, obwohl Luxemburg und Liebknecht sehr prinzipiell und scharf nachwiesen, dass man damit den konterrevolutionären Kräften ihren Volksbetrug erleichtere und eigene Möglichkeiten zur Aufklärung der Massen verschenke. In der Diskussion zum Tagesordnungspunkt „Wirtschaftliche Kämpfe“ wurde – argumentierend mit der Haltung der rechten Gewerkschaftsführer im Krieg und in der Revolution - der Parole „Heraus aus den Gewerkschaften!“ und dem anarchosyndikalistischen Irrweg einer wirtschaftlich-politischen Einheitsorganisation das Wort geredet. Dem traten vor allem Fritz Heckert und Rosa Luxemburg entgegen. Wichtig war, dass schon auf dem Gründungsparteitag empfunden wurde, dass es in Bezug auf die Agrarpolitik und die Stellung zu den werktätigen Bauern erhebliche Defizite gab.

Mit der Gründung der KPD erhielt die deutsche Arbeiterbewegung wieder eine *marxistische Vorhut* als wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung einer an den Klasseninteressen der Arbeiterklasse und anderer vom Kapital benachteiligter Schichten orientierten Politik, für die Formierung breiter gesellschaftlicher Kräfte zu deren Durchsetzung, für einen erfolgreichen Kampf zum Sturz der imperialistischen Bourgeoisie und den Übergang zum Sozialismus.

Sie entwickelte sich schon 1919 unter schwierigsten Bürgerkriegsbedingungen zu einer ganz Deutschland umspannenden und kontinuierlich wirkenden Organisation. Sie überwand die auf und unmittelbar nach dem Gründungsparteitag aufgetretenen linkssektiererischen und anarchosyndikalistischen Verirrungen, was zur Abspaltung einer „Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (KAPD) führte. Das bedeutete eine zeitweilige erhebliche zahlenmäßige Schwächung, aber zugleich eine viel gewichtigere programmatische und taktische Stärkung. Es war die wichtigste Voraussetzung, um alle relevanten Kräfte *links* von der *reformistischen* SPD in einer revolutionären marxistischen Partei zu sammeln. Dies gelang durch die Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD zur VKPD im Dezember 1920 - mit konstruktiver Unterstützung der Kommunistischen Internationale, der sich die KPD (Spartakusbund) unmittelbar nach deren Gründung im März 1919 anschloss.

Damit hatte sich eine revolutionäre marxistische, konsequent antikapitalistische Partei als Alternative zur system- und regimekonformen SPD formiert. Sie war nicht nur eine wirkliche Massenpartei, in ganz Deutschland verankert, sondern verfügte auch über starke gewerkschaftliche, kommunalpolitische und parlamentarische Positionen. Diese Konstellation entsprach einem Deutschland mit bürgerlichen, imperialistischen Machtverhältnissen. Ihre Überwindung gelang nur dort, wo diese Machtverhältnisse liquidiert wurden. Alle Versuche, einen „dritten Weg“ zwischen diesen beiden Hauptkräften zu finden, erwiesen sich – bis heute – als unrealistisch und illusorisch, förderten die Zersplitterung.

Der Platz der KPD in der deutschen Gesellschaft

Die Politik der KPD wurzelte primär in den deutschen Klassenauseinandersetzungen. Ihr Inhalt wurde vor allem durch die Bedürfnisse und Aktivitäten werktätiger Massen in Deutschland bestimmt – sonst hätte sie diese Massen auch nicht ergriffen. Mit ihrem außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampf auf ausnahmslos allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, der Millionen erfasste und bewegte, verfocht die KPD tagtäglich Klasseninteressen, Volksinteressen, bewährte sie sich als Arbeiterpartei, als sozialistische Kraft, stand sie ganz in der Tradition der revolutionären Partei August Bebel's und setzte deren Werk fort.

Von der KPD ging die konsequenteste Kritik an den egoistischen Machteliten und überlebten gesellschaftlichen Zuständen aus: an der Dominanz der Konzerne und Großbanken, dem prägenden Einfluss der „Wirtschaft“ auf politische Entscheidungen und der zunehmenden Rolle von Expansionsinteressen, an der Fortexistenz und dem politischen Einfluss des junkerlichen Großgrundbesitzes, dieses Hortes des Konservatismus und der Reaktion, an der weitgehenden Kontinuität der obrigkeitfixierten Staatsbürokratie und des militärischen und Repressionsapparates vom Kaiserreich bis zur faschistischen Diktatur (und weiter bis in die BRD), an der expansionistischen und hegemonialen Außenpolitik, an der privilegierten Stellung der beiden Großkirchen (und faktischen Staatskirchen) und der völlig unzulänglichen Trennung von

Kirche und Staat.

Angelpunkt im praktischen Wirken der KPD war die Klassenauseinandersetzung mit dem Kapital. In diesem Ringen initiierte die KPD Streiks gegen Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau, gegen Massenentlassungen und sozialpolitische Verschlechterungen. Sie organisierte Aktionen der Erwerbslosen gegen den Sozialabbau, Mieterstreiks und die Verhinderung von Exmittierungen wie auch der Zwangsversteigerung von Bauernhöfen.

Mit ihrer umfangreichen und intensiven Parlamentsarbeit flankierte die KPD den außerparlamentarischen Kampf und verteidigte die demokratischen Rechte und Freiheiten. In den Landtagen und Kommunalparlamenten kämpfte sie gegen den Zentralismus der Reichsregierungen, für die Realisierung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung. Im Reichstag brachte sie mehr Gesetzentwürfe, Anträge und Interpellationen ein als jede andere Partei.

Die KPD wirkte am nachhaltigsten der Beeinflussung und politischen Manipulation der breiten Volksschichten durch die besitzenden Machteliten entgegen, beleuchtete die Gegensätzlichkeit und Unvereinbarkeit ihrer Interessen, deckte die negativen Konsequenzen von Koalitionspolitik und sozial-partnerschaftlicher Orientierung auf, weckte den Geist des Widerstandes gegen die Herrschenden und ihre Politik.

Vor allem bewährte sich die KPD als entschiedenste Verfechterin einer antikapitalistischen, sozialistischen Alternative in Deutschland.

Die KPD erschloss der deutschen Arbeiterbewegung und anderen demokratischen Kräften vielfältige neue Organisations- und Kampferfahrungen: Formen der politischen Arbeit im Betrieb (nach 1945 auch von der SPD in immer größerem Umfange aufgegriffen), des Kampfes für den Frieden, gegen Rüstungspolitik, der internationalen Solidarität, des Kampfes gegen Faschismus und Rechtsextremismus, des Zusammenwirkens von Werktätigen in Stadt und Land.

Die KPD hatte ein unverwechselbares politisches Profil als antikapitalistische, den Gedanken einer Zusammenarbeit mit dem Konzern- und Bankkapital entschieden ablehnende Kraft, als Partei, die für eine Entmachtung der traditionellen deutschen Machteliten durch grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, namentlich der Eigentumsverhältnisse, eintrat. Diese, *nur von ihr* durchgängig, umfassend und mit Konsequenz vertretenen Positionen bestimmten ihren spezifischen und unverzichtbaren Platz in der deutschen Parteienlandschaft, im politischen Spektrum der Arbeiterbewegung.

Die skizzierten Richtungen ihres Wirkens und ihre damit umrissene objektive Stellung liefern auch die Kriterien, den Maßstab für die Analyse und Wertung ihrer Tätigkeit, ihres Kampfes wie auch für die Einschätzung der politisch-moralischen und theoretischen Bedeutung ihres Erbes.

Neue Herausforderungen

Die Entwicklung der VKPD (schon der nächste Parteitag ließ das „V“ wegfällen) verlief zunächst widersprüchlich, diskontinuierlich. Wertvolle neue Erfahrungen werden gesammelt, internationale Erfahrungen und Erkenntnisse produktiv angeeignet, bedeutende politische Erfolge erzielt. Andererseits erfolgen Rückfälle in bereits überwunden geglaubte Fehler. Die Partei ist in Fraktionen gespalten, die dies widerspiegeln, aber auch aus den bisherigen Strömungen, verschiedenen Generationen mit unterschiedlichen Erfahrungshorizonten und aus regionalen Bindungen resultieren. Das Konsensstreben ist sehr unterentwickelt.

Nach einem bemerkenswerten Auftakt mit dem Offenen Brief an alle Arbeiterparteien und -organisationen im Januar 1921 läuft die Partei im März 1921 – in Überschätzung ihrer Stärke und Möglichkeiten – in das offene Messer der wohlvorbereiteten preußischen Polizeiprovokation. Die harte Kritik des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale bahnt der Durchsetzung einer sehr erfolgreichen Einheitsfrontpolitik 1921/1922 den Weg. 1923 vermag die KPD ihren Masseneinfluss rasch zu steigern, aber nicht ausreichend zu festigen und in Aktionskraft umzusetzen. Die Niederlage im Herbst und die ihr folgende Empörung über die bisherige Parteispitze um Heinrich Brandler sicherte der von Arcady Maslow und Ruth Fischer dominierten

linken Opposition auf dem 9. Parteitag im April 1924 eine Dreiviertelmehrheit. Zwar wurde Ernst Thälmann zum Parteivorsitzenden gewählt, aber drei Viertel der Zentrale standen hinter Maslow/Fischer, welche Massenarbeit – vor allem in den Gewerkschaften – und Einheitsfrontpolitik negierten und sich der Realität der einsetzenden relativen Stabilisierung des Kapitalismus verweigerten.

Das immer offensichtlichere Zurückbleiben hinter den realen Anforderungen rief zunehmende Besorgnis und Unzufriedenheit mit der Lage in der Partei und ein immer stärkeres Verlangen nach prinzipiellen Veränderungen in ihrer Politik und täglichen Praxis hervor. Sie fanden auf dem 10. Parteitag im Juli 1925 deutlichen Ausdruck in einem grundlegenden Referat Thälmanns zur Gewerkschaftspolitik, das der Parteivorsitzende gegen den heftigen Widerstand der bisher dominierenden linkssektiererischen Kräfte durchgesetzt hatte. Ein Ergebnis der in Gang gebrachten Auseinandersetzung war, dass bei der Neuwahl des ZK die linkssektiererischen Gruppierungen in die Minderheit gerieten und Thälmanns Position als Parteivorsitzender gestärkt wurde.

Außerordentlich positiv wirkte sich aus, dass nun das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationalen (EKKI) mit den verschiedenen Richtungen beriet und sich mit einem Offenen Brief an die Mitglieder der KPD wandte, der am 1. September 1925 in der „Roten Fahne“ veröffentlicht wurde. Er orientierte vor allem auf eine realistische Einschätzung der Klassenkampfsituation, auf das Verhältnis zur Sozialdemokratie, die Einheitsfrontpolitik, als wichtigste Seite der Politik der KPD und auf die Schaffung einer lebendigen, kameradschaftlichen Atmosphäre in der Partei. Der Offene Brief leitete eine zweimonatige intensive Parteidiskussion ein, die mit der 1. Parteikonferenz (31. Oktober/1. November 1925) in Berlin abgeschlossen wurde.

Ernst Thälmann erinnerte in seinem Konferenzreferat besonders daran, wie realistisch Lenin auf dem III. Weltkongress der KI 1921 von einem verlangsamten Tempo der Entwicklung der revolutionären Bewegung gesprochen und die Losung „Heran an die Massen!“ begründet hatte. Unter wörtlichem Bezug auf Lenins „Linken Radikalismus...“ betonte er, die KPD könne nur reifen und erstarken, wenn sie sich die Leninsche Erkenntnis zu eigen mache, dass die kommunistische Bewegung sich im Kampf sowohl gegen den Rechtsopportunismus als auch gegen den „linken Radikalismus“ – der in der KPD zur Hauptgefahr geworden sei – entwickelt und festigt. Die linkssektiererischen Kräfte erlitten auf der Konferenz bei allen Abstimmungen eklatante Niederlagen. Die 1. Parteikonferenz verankerte den Sieg über eine äußerst gefährliche – weil unter „linker“ Maske auftretende – antimarxistische Abweichung.

Die 1. Parteikonferenz rückte sozialpolitische Forderungen stärker in den Vordergrund: Rückeroberung des Achtstundentages, bessere Arbeitslosenunterstützung, gegen Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit, gegen Teuerung, Herabsetzung der Mieten, Bau von Arbeiterwohnungen, Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, insbesondere ein Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen.

Besonders betonte die Parteikonferenz die Wichtigkeit demokratischer, antiimperialistischer Teilforderungen in der Politik der KPD: Säuberung des Staatsapparates von Monarchisten und anderen Reaktionären, Maßnahmen gegen die arbeiterfeindliche Klassenjustiz und die reaktionäre Schulpolitik, die Beschlagnahme der Vermögen der bis 1918 regierenden Fürsten.

Um diese antiimperialistischen Kampfforderungen durchzusetzen, sollte ein *Linksblock* aus kommunistischen, sozialdemokratischen und anderen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern formiert werden. Dem diente auch ein Beschluss, der SPD zu den bevorstehenden preußischen Provinziallandtagswahlen Listenverbindungen zur Verrechnung von Reststimmen vorzuschlagen.

Mit realistischer Politik zu größerer Wirkung

Mit der neuen Führungskonstellation war vor allem die umgehende Wende zu einer realistischen Einheitsfrontpolitik verbunden – sowohl in Wahlkämpfen als auch in sozialen Bewegungen. Ihr Höhepunkt war die Fürstenenteignungskampagne 1926, ein bis dahin nicht und später nicht wieder erreichtes Zusammenwirken von kommunistischer und sozialdemokratischer Bewegung – von der KPD errungen gegen den monatelangen erbitterten Widerstand der SPD-Führung, vor allem dank

einer intensiven Einheitsfrontarbeit mit der SPD- und Gewerkschaftsbasis. Im Winter 1925/26, einer wirtschaftlichen Krisenphase, ergriff das ZK der KPD wichtige außerparlamentarische und parlamentarische Initiativen zur Unterstützung der Erwerbslosen, gegen Betriebsstilllegungen, für Arbeitsbeschaffung, Krisenbekämpfung und Ankurbelung der Wirtschaft durch umfassende staatliche und kommunale Sofortmaßnahmen sowie mittel- und längerfristige Programme. Im Februar 1926 nahm erstmals ein KPD-Vorsitzender vor dem ZK zu den Fragen des Bündnisses mit den werktätigen Bauern Stellung. Das ZK beschloss ein agrarpolitisches Aktionsprogramm unter dem richtungweisenden Titel „Das Gesicht dem Dorfe zu!“, in dem die KPD auch den Mittelbauern größeres Augenmerk zuwandte. Während der Debatten um die Locarno-Verträge im Herbst 1925 setzte Thälmann im Polbüro durch, dass die KPD sie nicht nur als friedensgefährdend angriff, sondern auch als Preisgabe nationaler Interessen, die antinationale Rolle der deutschen imperialistischen Bourgeoisie und die Rolle der Arbeiterklasse als Verfechter der nationalen Interessen beleuchtete.

Diese politische Wende bewirkte ein Erstarren und einen wachsenden politischen Einfluss der KPD. Von 1925 bis 1933 hat sich die Mitgliederzahl der KPD verdreifacht, die Zahl ihrer Wähler mehr als verdoppelt: von 2,7 Millionen im Dezember 1924 (SPD 7,9 Mill.) auf fast 6 Mill. im November 1932

(SPD 7,2 Mill.). In Berlin war sie seit 1930 wählerstärkste Partei und erhielt im November 1932 ein Drittel aller Stimmen. Bei den Wahlen im November 1932 erzielte die KPD auf dem Gebiet der heutigen Bundesländer Berlin, NRW, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt sowie auch in Oberschlesien mehr Stimmen als die SPD; dies galt auch für das Saargebiet. In den Industriegebieten erhielt die SPD 1,7 Mill., die KPD 2,5 Mill. Stimmen.

Die KPD verankerte sich vielfältig in den Massen; z.B. konnte sie die Zahl ihrer Kommunalmandate von 6000 im Jahre 1923 bereits bis 1929 auf 15.283 steigern. Symptomatisch ist auch, dass zur Reichstagswahl 1930 Willi Eichler, Oskar Maria Graf, George Grosz und viele andere Intellektuelle einen Aufruf für die KPD erließen; dass zur Reichspräsidentenwahl 1932 Carl v. Ossietzky dazu aufrief, Thälmann zu wählen, und nicht nur die linkssozialdemokratische SAPD und die vom katholischen Politiker Vitus Heller geführte Christlich-radikale Arbeiter- und Bauernpartei sich diesem Appell anschlossen, sondern auch beispielsweise Graf und Gräfin Moltke aus Kreisau ihm folgten.

Aber wir sind schon etwas vorausgeeilt. Seit 1925/26 prägt die KPD in ihren politischen Konzepten mehr und mehr eine antiimperialistische, antimonopolistische Tendenz aus und legt zugleich immer größeres Gewicht auf die Entwicklung ihrer Bündnispolitik gegenüber den werktätigen Mittelschichten. So fordert Thälmann auf dem 11. Parteitag im März 1927 nächst der primären Aufgabe – maximaler Einheitsfrontpolitik – vor allem, „auch die kleinbürgerlichen Schichten, den Mittelstand und die Kleinrentner, gegen Bürgerblock und Faschismus“ /11/ zu mobilisieren. Der 11. Parteitag eröffnete neue Horizonte. In seinen politischen Thesen wurden das „Bündnis der Arbeiterklasse mit allen Werktätigen zum gemeinsamen Kampf gegen das Finanzkapital“ und die „Hegemonie der ... Arbeiterklasse in der Volksrevolution“ als „grundlegende Gesichtspunkte“ /12/ der Politik der KPD bestimmt. Die ausdrückliche Interpretation der proletarischen Revolution im Leninschen Sinne als *Volksrevolution*, als Problem des *Bündnisses* der hegemonialen Arbeiterklasse mit anderen relevanten Gesellschaftsschichten, war ein Novum in den programmatischen Aussagen der KPD. Als Hauptfeind wurde die monopolistische Bourgeoisie betrachtet, der Hauptschlag wurde, so das Manifest des 11. Parteitages, „gegen das Trustkapital und seine reaktionäre Regierung“ /13/ geführt.

Nach dem 11. Parteitag wurde dessen Zielstellung des Kampfes gegen Monopolkapital und Bürgerblock in die Losung des Sturzes der Bürgerblockregierung gefasst. Dieser wurde als *nächstes Ziel* im Kampf um die Diktatur des Proletariats definiert, also vom politischen Endziel deutlich unterschieden. Eine Erörterung der Machfrage – und damit eines eventuellen strategischen Etappenziels – wurde damit nicht verknüpft, da mit einer so weit gehenden Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses nicht zu rechnen war. Ein Ansatz zu derartigen perspektivischen Überlegungen war es, dass in einer Erklärung des ZK vom Oktober 1927 die

Beteiligung von Kommunisten an einer Regierung mit Sozialdemokraten für die Zukunft nicht ausgeschlossen wurde.

Gegen die Faschisierung Deutschlands

Zur größten Bewährungsprobe für die KPD wurde die Ende der 20er Jahre heraufziehende faschistische Gefahr. Die KPD warnte – besonders seit dem 11. Parteitag 1927 – im Zusammenhang mit dem Erstarken und dem zunehmenden Expansions- und Revanchestreiben des deutschen Monopolkapitals vor dessen wachsenden politischen Machtansprüchen. Sie verurteilte die sich seit Herbst 1927 verschärfenden antidemokratischen und antiparlamentarischen Vorstöße der Unternehmerverbände, die im März 1930 in die Etablierung eines Präsidialregimes mündeten – dem ersten gravierenden Schritt auf dem Weg in die faschistische Diktatur. Sie verfolgte aufmerksam den Übergang der Führungen der bürgerlichen Parteien an deren rechte Flügel und die Verschiebungen in ihrer Wählerbasis. Bereits auf dem 12. Parteitag im Juni 1929 analysierte Thälmann nicht nur eingehend das profaschistische Agieren der ultrareaktionären bürgerlichen Parteien und Organisationen, sondern hob auch die Rolle der faschistischen Nazi-Partei (1928 noch marginal, ja rückläufig) in diesem Spektrum besonders hervor.

In einer Resolution des Polbüros des ZK vom 4. Juni 1930 über den Kampf gegen den Faschismus gab die KPD eine umfassende Einschätzung der faschistischen Gefahr und ihrer Elemente in Deutschland. Von grundlegender Bedeutung war die Erkenntnis, dass der vom Monopolkapital ausgelöste Faschisierungsprozess auf zwei Wegen vorangetrieben wurde: „sowohl durch die faschistischen Kampforganisationen als auch durch den bürgerlichen Staatsapparat“ /14/. Das richtige Erfassen dieses Zusammenhangs, der von den gemäßigten bürgerlichen Parteien und der SPD ignoriert wurde, war eine unumgängliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Widerstand gegen das Vordringen des Faschismus. Allein die KPD machte den Mechanismus des Übergangs vom parlamentarischen Regime zur faschistischen Diktatur deutlich, der vor allem in einem immer engeren Zusammenspiel zwischen den Präsidialkabinetten – als Hebel einer schrittweisen Faschisierung des bürgerlichen Staates – und der Nazi-Partei bestand.

Hitlers Faschisten, die sich als „nationale Sozialisten“ ausgaben und 1929/30 Millionen von den anderen *bürgerlichen* Parteien enttäuschte kleinbürgerliche, bäuerliche und auch proletarische Wähler an sich zogen, wurden als Instrument „des Finanzkapitals, besonders des schwerindustriellen Unternehmertums“ /15/ entlarvt und zugleich der für ihre erfolgreiche Bekämpfung so außerordentlich wichtige Widerspruch zwischen diesem Klassencharakter und ihrer Massenbasis betont. In der zur Reichstagswahl im September 1930 am 24. August 1930 veröffentlichten „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ charakterisierte die KPD die Nazi-Partei als „eine volks- und arbeiterfeindliche, antisozialistische, eine Partei der äußersten Reaktion“, als eine „Partei der mörderischen, faschistischen Diktatur“ /16/.

Den Hauptstoß richtete die KPD gegen die nationalistische Demagogie der Hitlerfaschisten, deren wirksamstes Instrument zur Irreführung der Massen. Die Programmerklärung war keineswegs - wie vom antikommunistischen Mainstream dargestellt – eine Sensation, sondern die logische Fortsetzung der bisherigen prinzipiellen Stellungnahmen der KPD zur nationalen Frage: ihrer Leitsätze über den Frieden 1919, der Reichstagsreden Clara Zetkins Anfang der 20er Jahre, der Positionierungen der KPD 1923, der Reichstagsrede Ernst Thälmanns in der Locarno-Debatte 1925. Angesichts der Nazidemagogie war es von entscheidender Bedeutung, dass die revolutionäre Arbeiterbewegung ihr Programm in der nationalen Frage offensiv und den Massen verständlich darlegte, dass sie die nationalen Losungen und Traditionen nicht den Faschisten zu verfälschendem Missbrauch überließ, sondern realistisch erläuterte und *gegen den bürgerlichen Nationalismus* kehrte.

Schon in der Polbüro-Resolution vom 4. Juni 1930 wurde die angesichts der Massenbasis der Faschisten kardinale Frage der Mittelschichten aufgeworfen. Es gelte, „das notleidende städtische Kleinbürgertum, die Beamten und Angestellten, die verelendeten Kleinhändler,

Kleingewerbetreibenden, Handwerker, die verarmten Kleinbauernmassen“ /17/ gegen den Faschismus in den Kampf zu führen. In diesem Sinne veröffentlichte die KPD 1931 programmatische Dokumente wie das Bauernhilfsprogramm, ergriff sie die Initiative zur Bildung antimonopolistischer Organisationen der Mittelschichten wie der „Kampfgemeinschaft der Kleingewerbetreibenden und freien Berufe“ und agierte sie seit dem Frühjahr 1931 mit der Losung der *Volksfront* /18/, wie etwa Ernst Thälmann: „Wir rufen das Volk! Wir wenden uns an die Massen der Arbeiter und Angestellten, an die Erwerbslosen, die Frauen und das Jungproletariat. ... Wir wenden uns an die Beamten... Die Intelligenz, die freien Berufe, die Techniker und Ingenieure, die Künstler und Musiker... Wir rufen sie! Wir rufen den städtischen Mittelstand, wir rufen die werktätigen Bauern: ... Schließt die Volksfront mit uns, mit dem revolutionären Proletariat gegen die kapitalistischen Ausbeuter, Spekulanten, Schieber und Räuber!“ /19/

Ausschlaggebend für einen erfolgreichen Kampf gegen die faschistische Gefahr war natürlich die Einheitsfront der Arbeiterklasse, dass, wie schon die Resolution vom Juni 1930 betonte, es gelinge, die Massen „von sozialdemokratischen, parteilosen und christlichen Arbeitern, von Reichsbannerarbeitern“ /20/ in den Kampf einzubeziehen. In diesem Sinne richtete im November 1931 das ZK der KPD einen Appell an alle Arbeiter der Sozialdemokratie, des Reichsbanners und der Gewerkschaften, die Einheitsfront gegen faschistischen Terror und sozialreaktionäre Regierungspolitik herzustellen. Einzige Voraussetzung sei die Bereitschaft zum gemeinsamen Kampf für diese brennenden Tagesinteressen, aber keineswegs die Anerkennung der „kommunistischen Auffassungen über die Grundfragen des proletarischen Klassenkampfes“ /21/. Auf dem Februar-Plenum des ZK 1932 forderte Ernst Thälmann „die Anknüpfung an den stürmischen Willen der Massen zur Einheit“ und betonte, dass die „Einheitsfrontpolitik das Hauptkettenglied der proletarischen Politik in Deutschland“ /22/ sei.

Nachdem im April 1932 die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten und der Sieg der Nazis bei der preußischen Landtagswahl eine jähe Zuspitzung der faschistischen Gefahr anzeigten, ging die KPD zu einer noch breiteren Einheitsfrontpolitik über. Am 25. April 1932 wandten sich das ZK der KPD und das Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) „an alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, an alle Mitglieder der ADGB-Gewerkschaften und an alle sozialdemokratischen Arbeiter“ mit einem Aufruf, in dem sie erklärten: „Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen!“ /23/. Dieser Appell, der sich auch ausdrücklich an die *Organisationen* richtete, fand starken Widerhall.

Die Tagung des ZK der KPD am 24. Mai 1932 wurde zum Ausgangspunkt einer neuen Etappe des antifaschistischen Abwehrkampfes. Sie setzte drei politische Schwerpunkte, die zugleich neue Fragestellungen beinhalteten. Erstens gelte es mit allen Mitteln die Einbeziehung der Nazis in die Reichsregierung und die preußische Regierung zu verhindern. Zweitens sei in der Rolle der SPD eine wesentliche Veränderung eingetreten. Bisher war sie „die Koalitionspartei für das Reichskabinett Brüning, während jetzt die Nationalsozialistische Partei die Koalitionspartei wird. ... diese fundamentale Rolle, die die SPD spielte, wird jetzt mehr und mehr von der nationalsozialistischen Bewegung übernommen“ (E. Thälmann) /24/. Daraus wären die Konsequenzen für die Einheitsfrontpolitik zu ziehen. Drittens gelte es, in Preußen, wo trotz des Wahlsieges der Nazis eine Landtagsmehrheit von SPD, Zentrum und KPD bestehe, diese zu nutzen, um Positionsgewinne der Nazis zu verhindern. Die KPD verhinderte die Wahl eines Nazis zum Ministerpräsidenten und sicherte, dass die Regierung Braun (SPD), die ihre parlamentarische Basis verloren hatte, als geschäftsführende Regierung *im Amt blieb*.

Am 25. Mai rief die KPD zur Antifaschistischen Aktion auf, die zur größten und erfolgreichsten demokratischen Massenbewegung seit der Fürstenenteignungskampagne 1926 wurde. Es gelang ihr, den Naziterror weitestgehend zurückzudrängen und durch die Herbststreikwelle (1100 Streiks, zu etwa 80 % erfolgreich) den vom neuen Reichskanzler (seit 1. Juni) v. Papen versuchten, bisher rabiatesten Lohn- und Unterstützungsabbau im wesentlichen abzuwehren. Dies alles schlug sich im Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. November 1932 nieder. Die Naziartei verlor zwei

Millionen Stimmen und geriet in eine Existenzkrise. Die KPD erlangte ihren bisher größten Masseneinfluss./25/ Die Präsidialdiktatur sah sich gezwungen, zu manövrieren. Papen wurde (am 3. Dezember) durch den politischen Kopf der Reichswehr, General v. Schleicher, ersetzt, der versuchte, eine offene politische Krise zu vermeiden. Jetzt bot sich die Chance, durch ein gemeinsames Auftreten der Arbeiterparteien und Gewerkschaften den Kräften der Faschisierung eine Niederlage zu bereiten. Doch sie wurde durch die nicht nur unverändert, sondern sogar verschärft antikommunistische Positionierung der SPD-Führung vertan./26/

Schon am Tage nach Schleichers Berufung schätzte die KPD sein Kabinett als ein kurzfristiges, labiles „Übergangskabinett, als ein Platzhalterkabinett zur Vorbereitung einer Hitlerkoalition bzw. Hitlerregierung“ /27/ ein. Im Dezember und Januar warnte sie immer wieder vor Überraschungs- und Staatsstreichaktionen der Reaktion, schlug SPD, freien und christlichen Gewerkschaften sowie dem Reichsbanner ein Zusammenwirken gegen die Nazipartei und ihre Terrorbanden vor. Sofort nach Bekanntwerden der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler appellierte sie „an den ADGB, an den AfA-Bund, an die SPD und die christlichen Gewerkschaften ..., gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur... durchzuführen!“ /28/ Auf der Konferenz des Sekretariats des ZK mit leitenden Funktionären am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin charakterisierte Ernst Thälmann dieses Einheitsfrontangebot als „eine kombinierte Einheitsfrontpolitik von unten und oben“ /29/. Die unmittelbare, *alles* entscheidende Aufgabe sei der *Sturz der Hitlerregierung*. Das war die konsequente Fortsetzung des Grundgedankens der Antifaschistischen Aktion und seines strategischen Aspekts.

Für eine breite antifaschistische Volksfront und eine antifaschistisch-demokratische Republik

Der Übergang zur unverhüllten faschistischen Diktatur in Deutschland alarmierte die internationale Arbeiterbewegung und beträchtliche bürgerlich-demokratische und liberale Kräfte. Am stärksten entwickelte sich die antifaschistische Bewegung in Frankreich, über die 1934 realisierte Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialisten hinaus zur *front populaire* – Volksfront – mit großer internationaler Resonanz. Die Tagung des ZK der KPD Ende Januar 1935 nahm eine Resolution „Proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturze der faschistischen Diktatur“ an, die von den – durch die forcierten Revanchekriegsvorbereitungen zunehmend beeinträchtigten – elementaren Interessen der Arbeiterklasse und der Mittelschichten ausging, den Ausweg der antifaschistischen Volksfront aufzeigte und das Sektierertum als größtes Hemmnis charakterisierte.

Allseitig entwickelte die Politik der antifaschistischen Volksfront der VII. Weltkongress der KI im Juli/August 1935, vor allem im Referat, mehr noch im Schlusswort von Georgi Dimitroff. Im Sinne des VII. Weltkongresses erklärte im September/Oktober 1935 die „Brüsseler Konferenz“ der KPD die Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der deutschen Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksfront zum Sturz der faschistischen Diktatur zur zentralen Aufgabe. Sie orientierte auf den Kampf für „ein neues, freies Deutschland“ /30/ als dem strategischen Ziel. In „Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront“ vom Juni 1936 konkretisierte sie diese Zielsetzung als „Errichtung und Sicherung einer demokratischen Republik“ /31/ auf antimonopolistischen und antimilitaristischen Grundlagen. Im Sinne der genannten Richtlinien nahm die KPD aktiv an der Tätigkeit des Pariser „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“ teil und unterzeichnete dessen programmatischen Aufruf vom 21. Dezember 1936.

Diese Vorstellungen wurden durch die „Berliner Konferenz“ im Januar 1939 weiter ausgeprägt. Das durch den Kampf der Volksfront vom Faschismus befreite Deutschland sollte keine Wiederholung der Weimarer Koalitionspolitik bieten, sondern eine demokratische Republik ohne Monopolkapital und Großagrarier – „die einzige Arbeiterklasse, vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront, wird das Schicksal des Landes bestimmen“ /32/. Die Entmachtung der reaktionären gesellschaftlichen Kräfte und die Umgestaltung des Staatsapparates im Sinne der Volksfront schaffen die Voraussetzung, um „die Mehrheit des Volkes

für das sozialistische Ziel zu gewinnen“ /33/. Zum andern stellte die „Berner Konferenz“ mit großem Ernst fest, daß die Expansions- und Revanchepolitik Hitlerdeutschlands zum Kriege führen müsse und die Existenz der deutschen Nation bedrohe. „Daher erklärt die Berner Konferenz der KPD, daß der Kampf gegen den Krieg, für den Sturz des Kriegstreibers Hitler, die höchste nationale Aufgabe aller Deutschen ist.“ /34/

Als 1945 Hitlerdeutschland unter den Schlägen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zusammengebrochen war, erwies es sich, dass die nationale Katastrophe, vor der die „Berner Konferenz“ warnte, voll eingetroffen war. Zugleich zeigte der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945, insbesondere sein Aktionsprogramm für die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, welche fundamentale Bedeutung die Erfahrungen und Erkenntnisse des bisherigen Weges der KPD für das Erfassen und die Bewältigung der neuen und künftigen Aufgaben hatte. Fast drei Jahrzehnte zuvor war die KPD ange-treten, um Imperialismus und Militarismus zu überwinden und den Weg zum Sozialismus zu beschreiten. Nun war sie auf diesem Wege – in der nach und nach erworbenen Erkenntnis, dass er nicht „in einem Sprung“, sondern nur etappenweise zurückzulegen ist. In der Machtfrage hatte sie dogmatische Schranken überwunden, auch erfahren, wie eng sie mit Bündnisfragen verknüpft ist. Wichtigste, weittragendste Ergebnisse des Wirkens der KPD waren die Gründung der SED 1946 und die ohne sie undenkbare Gründung der DDR. Dass beide nicht mehr existieren, deutet natürlich auch auf ihre Unvollkommenheit hin, dürfte aber in erster Linie auf Ursachen zurückzuführen sein, die von ihnen kaum zu beeinflussen waren.

Anmerkungen

* Vortrag, der auf der Konferenz „Die deutsche Novemberrevolution und die Gründung der KPD. Eine Bilanz“ am 17. März 2018 in Berlin gehalten werden sollte, aber wegen Erkrankung des Autors nicht gehalten werden konnte und – wie auf der Konferenz angekündigt – hier nachgetragen wird.

- 1 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin 1957, S: 229.
- 2 Ebenda, S. 233.
- 3 Ebenda, S. 700.
- 4 Ebenda.
- 5 Ebenda.
- 6 Ebenda, S. 703.
- 7 Ebenda.
- 8 Ebenda, S. 704.
- 9 Ebenda, S. 688.
- 10 Ebenda, S. 690.
- 11 Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Essen vom 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927, S. 57.
- 12 Dokumente und Materialien, Bd. VIII, Berlin 1975, S. 466.
- 13 Ebenda, S. 517.
- 14 Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914 –1946, Berlin 1954, S. 267.
- 15 Ebenda, S. 265.
- 16 Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 1, Berlin 1981, S. 249.
- 17 Zur Geschichte der KPD. Eine Auswahl, S. 267.
- 18 Vgl. Die Rote Fahne, 8.-12. März 1931.
- 19 E. Thälmann: Zur Machtfrage. Reden, Artikel und Briefe 1920-1935, Berlin 1982, S. 297/298.
- 20 Zur Geschichte der KPD, S. 267.
- 21 Die Rote Fahne, 29. November 1931.
- 22 E. Thälmann: Ausgewählte Reden und Schriften in zwei Bänden, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1977, S. 182 u. 181.
- 23 Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932-Januar 1933. Hrsg. u. eing. v. H. Karl u. E. Kücklich unt. Mitarb. v. E. Fölster u. K. Haferkorn, Berlin 1965, S. 3 u. 7.
- 24 Die Antifaschistische Aktion, S. 83.
- 25 Vgl. oben, S. 4.
- 26 Vgl. Heinz Karl: November 1932: Wird Hitler gestoppt? In: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, H. 11/2012, S. 23-27 u. 12/2012, S. 29-31.

- 27 E. Thälmann: Ausg. Reden u. Schriften, Bd. 2, S. 318.
28 Die Antifaschistische Aktion, S. 354/355.
29 E. Thälmann: Geschichte und Politik. Artikel und Reden 1925 bis 1933, Berlin 1973, S. 217.
30 Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 1, S. 323.
31 W. Pieck: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. V, Berlin 1972, S. 356.
32 Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 1, S. 343.
33 Ebenda, S. 344.
34 Ebenda, S. 329.

Dr. Reiner Zilkenat

Konterrevolution und „Antibolschewismus“ – Eduard Stadtler und das konterrevolutionäre Netzwerk 1918/19

Anlässlich des 100. Jahrestages der Novemberrevolution erscheint es sinnvoll, den Strategien der Konterrevolution die gebührende Beachtung zu schenken. Dabei fällt ins Auge, dass verständlicher Weise den Handlungen des Militärs, vor allem der Freikorps und ihrer Kommandeure, in der Historiographie erhebliche Aufmerksamkeit geschenkt wird.^[1] Auch die Aktivitäten von prominenten Sozialdemokraten, deren Anliegen darin bestand, den Erfolg der Revolution und damit die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu verhindern, sind Gegenstand umfangreicher historischer Forschungen.^[2] Allerdings scheinen die Handlungen der hinter den Kulissen agierenden Repräsentanten der Monopolbourgeoisie und ihrer Interessenverbände in weitgehendes Dunkel gehüllt zu sein. Eine Ausnahme bildet das so genannte Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918 und die hier vereinbarte Bildung der Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) zwischen der reformistischen Gewerkschaftsführung und den Arbeitgebern.^[3] Waren sie in den Monaten vom November 1918 bis zum Herbst 1919 von der politischen Bühne abgetreten? Hatten sie es den konterrevolutionären Truppen und deren Anführern überlassen, die Revolution ausschließlich mit Waffengewalt zu bekämpfen?

Wie so häufig, spielten sich die Aktivitäten der Herren von Großindustrie und Banken auch in der Zeit der Novemberrevolution im Verborgenen ab. Sie scheuten die Öffentlichkeit, wirkten aber als wichtige Organisatoren des entstehenden konterrevolutionären Netzwerkes.

Eine wichtige Rolle spielte dabei, dass der „weiße Terror“ für notwendig und unterstützenswert, aber keineswegs für ausreichend gehalten wurde, um die Revolution abzuwürgen. Die linke Massenbewegung musste nach ihrer Überzeugung auch durch rechte Massenbewegungen bekämpft werden. Hierfür war ein Netzwerk von Parteien, Verbänden und Vereinen nötig, das der Massenbasis der Revolution Kräfte entziehen und ihr kein neues Potenzial zuführen sollte. In diesem Zusammenhang spielten die „Antibolschewistische Liga“ und ihr Gründer Dr. Eduard Stadtler um die Jahreswende 1918/19 eine herausragende Rolle. In den folgenden Bemerkungen soll von ihnen die Rede sein.

Das Netzwerk der Konterrevolution

Die Herrschenden in Deutschland waren seit dem Ende des 19. Jahrhunderts damit konfrontiert worden, dass Repressionen, die im „Sozialistengesetz“ (1878 bis 1890) ihren Kulminationspunkt erreicht hatten, allein den Aktionsradius der sozialistischen Bewegung in Deutschland nicht zu begrenzen vermochten. Deshalb wurden seit den 1880er Jahren zahlreiche Versuche gestartet, mit Hilfe neu gegründeter Verbände die Massenbasis für die Innen- und Außenpolitik des Imperialismus zu verbreitern, ja Einbrüche in die mehrheitlich sozialdemokratisch orientierte Arbeiterklasse zu erzielen.^[4]

Die „Deutsche Kolonialgesellschaft“ (1887), der „Bund der Landwirte“ (1893), der „Deutsche Flottenverein“ (1898), der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ (1904), der „Deutsche Wehrverein“ (1912), waren neben den vor allem in ländlichen Regionen aktiven „Kriegervereinen“ die wichtigsten Organisationen, die dieser Zielsetzung dienten. Im Hintergrund wirkte der „Alldeutsche Verband“ (1891) als Strategie bildendes Zentrum für die am meisten nationalistischen und antidemokratischen Kräfte im wilhelminischen Deutschland.

Alle diese Organisationen konnten sich des Wohlwollens staatlicher und militärischer Autoritäten sicher sein; darüber hinaus waren sie eng mit maßgeblichen Persönlichkeiten des Finanzkapitals verbunden. Als Musterbeispiel kann der „Deutsche Flottenverein“ dienen, bei dem es sich um eine gemeinsame Schöpfung des Reichsmarineamtes und seines Chefs, des Großadmirals Alfred Tirpitz, sowie der Firma Krupp handelte, die zum bedeutendsten Profiteur des 1897/98 einsetzenden Flottenbaus avancierte.^[5]

Zwar zählten die Mitglieder der genannten Verbände nach Zehntausenden, ja Hunderttausenden,

jedoch blieb es ihnen verwehrt, nennenswerte Einbrüche in die Arbeiterklasse zu erzielen. Allerdings waren sie nicht erfolglos in ihrem Bestreben, Millionenmassen kleinbürgerlicher Existenzen davon abzuhalten, sich der sozialistischen Bewegung zuzuwenden. Die Mitgliedschaft der genannten Verbände bestand im Wesentlichen aus Kleingewerbetreibenden, Landwirten und Handwerkern, Handlungsgehilfen, Angehörigen freier Berufe, Akademikern, Studenten und Beamten. Protestantische Geistliche, Journalisten, Gymnasiallehrer und Professoren spielten als Multiplikatoren eine bedeutende Rolle. Dagegen konnten in der Regel nur solche Arbeiter beeinflusst und organisiert werden, die den „wirtschaftsfriedlichen“ Verbänden bzw. den Christlichen Gewerkschaften nahe standen oder bewusst unorganisiert waren. Die Aktivitäten der „nationalen“ Organisationen blieben nicht folgenlos, sondern sie trugen entscheidend dazu bei, dass ein politisches Klima in relevanten Teilen der Bevölkerung entstehen konnte, dass von Nationalismus und in wachsendem Maße von antidemokratischem sowie „völkischem“ Gedankengut geprägt war. Hierzu trug der Einfluss auf meinungsbildende Zeitungen ebenso bei, wie die Veranstaltung von Versammlungen, Vorträgen, „Volksfesten“ und Kundgebungen zugunsten der imperialistischen „Weltpolitik“. Für die Verbreitung ihrer politischen Botschaften war besonders wichtig, dass die Redaktionen der damals zahlreich existierenden lokalen und regionalen Zeitungen von den groß dimensionierten Geschäftsstellen der „nationalen Verbände“ regelmäßig mit Artikeln, zum Beispiel zur angeblich notwendigen Kolonial- und Flottenpolitik sowie zur Heeresverstärkung, versorgt wurden. Ihre Botschaften erreichten auf diesem Wege auch die entlegendsten Orte des Kaiserreiches. Zielgruppenorientierte Flugblätter, Zeitschriften, Broschüren, Kalender und Bücher in Massenaufgaben wurden vertrieben. Auch hier wirkte der Flottenverein beispielgebend. Seine Publikationen boten zum Beispiel ebenso spannende und aufwendig illustrierte Abenteuergeschichten für die junge Leserschaft wie „wissenschaftliche“ Abhandlungen zur behaupteten Notwendigkeit einer auf den Weltmeeren kreuzenden deutschen Marine. Von großer Bedeutung war, dass renommierte Wissenschaftler, wie zum Beispiel die Ökonomen Gustav Schmoller und Werner Sombart, öffentlich auf Versammlungen, die auch in Arbeiterwohngebieten veranstaltet wurden, als Redner auftraten – mitunter begleitet von einer Schar begeistert applaudierender Studenten.^[6]

Kurzum: Die Herrschenden schufen vor 1914 ein Netzwerk von Organisationen, die vor allem als Agitationsverbände dienten und eine Konditionierung von Millionenmassen im Sinne des deutschen Imperialismus bewirken sollten.

Dass die „Kriegervereine“ vom Preußischen Kriegsministerium, der „Deutsche Flottenverein“ vom Reichsmarineamt, der „Bund der Landwirte“ von Repräsentanten des ostelbischen Adels angeleitet und die finanziellen Mittel für ihre Tätigkeit häufig aus den Kassen großer Konzerne stammten, blieb der Öffentlichkeit meistens verborgen, es sei denn, die sozialistische Presse legte derartige Abhängigkeiten in ihren Artikeln auf der Basis eigener Recherchen offen.

Doch damit nicht genug. Spätestens, nachdem die sozialdemokratische Partei aus den Reichstagswahlen im Januar 1912 als wählerstärkste Kraft hervorgegangen war, spielte die Einflussnahme der Monopolbourgeoisie auf die Nominierung ihnen genehmer Kandidaten und die tatkräftige Unterstützung der bürgerlichen Parteien eine immer größere Rolle. Deshalb gründeten einflussreiche Industrielle bereits 1907 den „Industriellen Wahlfonds“, dessen Mittel von einer in Berlin-Wilmersdorf residierenden „Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds“ eingeworben und weitergeleitet wurden.^[7] Dieser illustren Kommission gehörten im Jahre 1919 unter anderem an: Abraham Frowein (einer der bedeutendsten Textilunternehmer in Deutschland, 2. Vorsitzender des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie - RDI und Vorstandsmitglied der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände); Alfred Hugenberg (ehemals Vorsitzender des Direktoriums des Krupp-Konzerns, Eigentümer des Scherl-Verlages und der Nachrichtenagentur „Telegraphen-Union“ sowie Präsidiumsmitglied des RDI); Albert Vögler (Generaldirektor der zum Stinnes-Konzern gehörenden Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG sowie Inhaber zahlreicher Aufsichtsrats-Mandate); Adolf Haeuser (Vorstandsvorsitzender der Farbwerke Hoechst AG). In einem vertraulichen Rundschreiben vom 4. März 1911 an die spendablen Unternehmen hieß es bemerkenswerter Weise, es habe sich das Wirken der mit der Geschäftsführung des Fonds

beauftragten Kommission „nicht vor der breiten Öffentlichkeit“, sondern „unter der Hand“ abgespielt.^[8] In den Akten der Firma Borsig findet sich eine bemerkenswerte Aktennotiz vom 8. November 1920 „Betr.: Industrieller Wahlfonds“, in der hervorgehoben wird, dass die Tegeler Unternehmung jährlich 0,05 Prozent der Lohnsummen aller Borsig-Werke als Beitrag an den Fonds abgeführt habe. Dieser Fonds, so heißt es weiter, „hat bei den Reichstags, Landtags- und bei den Wahlen zur Nationalversammlung seine Wirksamkeit entfaltet.“^[9] Dieses Prinzip der klandestinen Alimentierung bürgerlicher Parteien und reaktionärer Organisationen wird uns in der Zeit der Novemberrevolution wieder begegnen.

Das grundsätzliche Problem, vor dem die Herrschenden vor und mit neuer Dringlichkeit nach der Revolution von 1918/19 standen und das, seitdem die Arbeiterbewegung entstanden und zu einer politisch einflussreichen Kraft angewachsen war, dringend einer vollkommen neuen Herangehensweise bedurfte, brachte der deutschkonservative Abgeordnete des Preußischen Herrenhauses, Julius Graf von Mirbach-Sorquitten, im Jahre 1896 präzise auf den Begriff: „Ich bin persönlich der Überzeugung, dass die meisten Übelstände, die wir Alle beklagen, zurückzuführen sind auf dieses allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht. (...) *Jede Partei ist jetzt mehr oder weniger abhängig von den großen Massen und muss mit ihnen rechnen, ob es ihr bequem ist oder nicht.*“^[10] Und man darf hinzufügen: Die hier zu recht beklagte, „unbequeme“ Abhängigkeit von den „großen Massen“ war nicht nur für die bürgerlichen und junkerlichen Parteien eine ebenso ernste wie unwillkommene Herausforderung, sondern für das gesamte imperialistische Herrschaftssystem im wilhelminischen Kaiserreich. Vierundzwanzig Jahre später – inzwischen war der erste „Griff nach der Weltmacht“ gescheitert und die Erfahrungen der Novemberrevolution sowie des soeben gescheiterten Kapp-Putsches mussten verarbeitet werden –, formulierte Generalleutnant Arnold von Lequis Ende März 1920 in einer Denkschrift: „Die gesamte heutige Umwälzung in Europa kennzeichnet sich selbst als der unaufhaltsame Aufstieg des Arbeitnehmerstandes, *dementsprechend kann sich in der jetzigen Zeit eine Regierung nur auf längere Dauer halten, wenn sie die Mehrheit der Arbeitnehmer hinter sich hat.*“^[11] Das Problem, die Massenbasis der imperialistischen Herrschaft bis weit in die Arbeiterklasse hinein reichend zu verbreitern, harpte offenkundig noch immer einer Lösung.

Mit dem Beginn der Revolution im November 1918 bestand die strategische Problemstellung für die Monopolbourgeoisie und ihre Prokuristen in der Regierungsverantwortung darin, ihre Herrschaft nicht allein durch die Anwendung militärischer Gewalt aufrechtzuerhalten, sondern mit Hilfe einer Kombination von *erstens* materiellen und politischen Zugeständnissen an die Lohnabhängigen, *zweitens* der Entfaltung einer massenwirksamen, differenzierten Agitation zugunsten der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung sowie *drittens* der Diffamierung aller gegen sie gerichteten Konzeptionen und Versuche, die auf eine alternative, sozialistische Gesellschaftsordnung ausgerichtet waren, ihre Macht zu stabilisieren. Die Erzeugung eines militant antikommunistischen bzw. in der Diktion jener Zeit: antibolschewistischen Klimas, stand als Tagesaufgabe auf der Agenda der Herrschenden.

Dieser Versuch ähnelte 1918/19 der Quadratur des Kreises, beinhaltete er doch die Notwendigkeit, zumindest verbale Konzessionen an den „linken Zeitgeist“ zuzulassen: Auf Begriffe wie „Sozialismus“, „Räte“ und „Sozialisierung“ durfte nicht verzichten, wer Masseneinfluss gewinnen wollte. Die Gefahr bestand allerdings darin, dass damit unter Umständen die Büchse der Pandora geöffnet wurde. Eine komplizierte Aufgabenstellung wartete deshalb auf alle, die „unter falscher Flagge“ der Konterrevolution einen Masseneinfluss verschaffen wollten. Einer ihrer wichtigsten Exponenten war Dr. Eduard Stadler.

Eduard Stadler und sein „konservativ-nationaler Sozialismus“

Wer war Eduard Stadler, der an der Jahreswende 1918/19 zu einer prominenten Persönlichkeit und zu einem umtriebigen Organisator und rastlosen Propagandisten der gegenrevolutionärer Kräfte avancierte?^[12]

Geboren in kleinbürgerlichen Verhältnissen am 17. Februar 1886 im elsässischen Hagenau, legte er sowohl das französische Baccalauréat als auch das deutsche Abitur ab. Seine Heimat gehörte

seit dem siegreichen Krieg gegen Frankreich von 1870/1871 als „Reichsland Elsaß-Lothringen“ zum Deutschen Kaiserreich. Hagenau, ein Ort mit ca. 20.000 Einwohnern (um 1910) und nur wenige Kilometer von der Grenze zum Großherzogtum Baden entfernt, war die Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises. Stadtler studierte in Graz und Straßburg, legte 1910 das Staatsexamen für das Lehramt an höheren Schulen ab und war anschließend als Gymnasiallehrer tätig. 1911 promovierte er an der Universität Straßburg beim Neuzeit-Historiker Martin Spahn zum Dr. phil. Spahn gehörte zu jener Zeit als Abgeordneter des Zentrums dem Elsaß-lothringischen Landtag als Fraktionsvorsitzender seiner Partei und dem Deutschen Reichstag an.

Seine politischen Prägungen erhielt Stadtler vor allem durch sein Engagement in der katholischen Jugend- und Gewerkschaftsbewegung. Seit 1912 war er als Publizist für mehrere dem katholischen Zentrum nahestehende Blätter und als Sekretär der Jugendorganisation des Zentrums, der „Windhorst-Bünde“, tätig.^[13] 1914 bekam er eine Anstellung als Hilfsredakteur des „Düsseldorfer Tageblatts“, dessen Chefredakteur Heinz Brauweiler ebenso wie sein „Doktorvater“ und väterlicher Freund Prof. Spahn zu den Aktivisten der Zentrumsparterie gehörte.

Von Mai 1915 bis 1916 war Stadtler als Soldat, zuletzt im Rang eines Vizefeldwebels, an den Fronten des Ersten Weltkrieges eingesetzt. Über seine Gefühle und Erwartungen während der Krisenwochen im Juli und August 1914 schreibt er: „Die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers hatte ich von meinen eigenen nationalpolitischen Auffassungen aus besonders schmerzlich empfunden, weil mir Erzherzog Franz Ferdinand nach jeder Richtung hin als die Verkörperung aller notwendigen politischen Fähigkeiten erschien, von denen in den kommenden Jahren eine energische und erfolgreiche reichsdeutsch-österreichisch-ungarische Mitteleuropapolitik zu erhoffen war. Das heuchlerische Einkreisungsspiel der Entente und die Doppelzüngigkeit der französischen Diplomatie regten mich maßlos auf, und jede Faser meines Wesens drängte auf die kriegerische Entscheidung los.“^[14]

Die Zeit bis zu seiner Einberufung als Soldat nutzte Stadtler, um sich „intensiv und leidenschaftlich mit der weltpolitisch-geschichtlichen Sinnggebung“^[15] des Krieges auseinanderzusetzen.

Und Stadtler identifizierte „in der Hauptsache zwei Problemkomplexe“: „Die Frage des Verhältnisses zwischen Kriegserleben und politisch-psychologischer Grundart des deutschen Volkes und im Anschluss daran die noch entscheidendere Frage des Verhältnisses zwischen den als Schein enthüllten Werten der überlieferten konstitutionellen Verfassung und den vom Krieg in Bewegung gesetzten dynamisch-politischen Faktoren als lebendiger Voraussetzung kommender neuer Staatlichkeit.“^[16]

Stadtler wurde sich im Klaren darüber, dass ein „weiter so!“ nach dem Kriege nicht möglich sein würde. Das betraf die aus seiner Sicht notwendige Beteiligung der Volksmassen an den politischen Angelegenheiten und die daraus sich ergebende Umformung der verfassungspolitischen Verhältnisse im Deutschen Kaiserreich. Allerdings kam für Stadtler ein emanzipatorisches Programm mit einer echten Partizipation der Arbeiterklasse und anderen werktätigen Schichten auch „hinter dem Werktor“, eine Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit ihrer starken Berücksichtigung agrarisch-junkerlicher Interessen, ja selbst eine liberale bürgerlich-demokratische Ordnung, nicht in Betracht. Der damals 28jährige Publizist träumte stattdessen, wie wir noch sehen werden, vom Aufbau einer „ständischen Ordnung“ und der Konstituierung einer so genannten Volksgemeinschaft.

Am 5. September 1916 geriet Stadtler, der im Mai 1915 zu den Waffen gerufen worden war, in russische Kriegsgefangenschaft. Hier entwickelte er eine rege Tätigkeit als Referent für seine Mitgefangenen. Soweit es ihm möglich war, studierte er belletristische Werke und Bücher zur russischen Geschichte und erlernte die Sprache des Landes. Besonders ein Thema beschäftigte ihn unablässig: „Die Entwicklung der russischen Revolution ließ mir überhaupt keine Ruhe.“ Und seine krude Schlussfolgerung aus den Ereignissen in Sankt Petersburg und Moskau, die er seinem Tagebuch anvertraute, lautete: „Ständeverfassung und Demokratie! Die korporative Verfassung oder die Ständeverfassung ist die Heimstätte der Selbstverwaltung, die Selbstverwaltung wiederum der lebendige Quell verantwortlichen Mitarbeitens einer möglichst großen und möglichst guten Auswahl aus dem Volke. Sie verwirklicht also die ursprüngliche Idee echtsten Demokratie,

wenn auch auf ganz anderem Wege, als die so genannte ‚Demokratie der Gasse‘ es sich gedacht hat...Der Weg der parteipolitischen Demokratie muss deshalb entschieden aufgegeben werden. Die Zukunft gehört der ständisch-korporativen Verfassung.“^[17] Sein Ideal eines auf Berufsständen basierenden politischen Systems verband sich mit der Aufgabenstellung, „ein preußisch zu erneuerndes Deutsches Reich“^[18] zu schaffen. Worum es sich dabei genau handelte, soll das folgende Zitat aus seinen Memoiren verdeutlichen, das zugleich die Mixtur der grundlegenden politischen Ziele Stadtlers offenbart: „Meine geistig-politische Heimat war Großdeutschland, Großdeutschland als mitteleuropäischer Raum und als germanisch-christliches Volkstum im Gefahrenzentrum des Abendlandes, und da ich als Frontsoldat primär staatspolitisch zu denken und zu fühlen gelernt hatte, war dieses Großdeutschland in der staatspolitischen Sonderprägung des fritzischen und bismarckschen Preußengeistes politisches Zielbild in mir geworden.“ Und weiter: „Dabei begab es sich, dass ich wieder nicht mein Preußenbekenntnis in der Bejahung des eben vorhandenen formalen Preußentums zur Ruhe bringen konnte, dass vielmehr dem in mir entfesselten politischen Preußengeist von innen her das größte aller zeitgenössischen Probleme gestellt blieb: den preußischen Militarismus mit dem Sozialismus fruchtbar zu vermählen. Ich nannte es damals selbst ‚militaristischen Sozialismus‘, oder ‚Sozialisierung des Preußentums‘, oder ‚konservativ-nationalen Sozialismus‘. Die formale Demokratie des 19. Jahrhunderts hasste ich wie eine für das deutsche Volk lebensgefährliche Pest. Und in die Lücken, die das abzuschaffende Parteiwesen offen ließ, verlangte ich den Einbau einer korporativ-ständischen Gesellschaftsordnung.“^[19] Wie wir sehen: Ein Mixtum compositum aus völkischen, imperialistischen und antidemokratisch-elitären Vorstellungen und Ideen, das bis zuletzt das Grundmuster der Stadtlerschen Konzeption einer „neuen Ordnung“ in Deutschland blieb.

Mitarbeiter an der deutschen Botschaft in Moskau

Mitte Mai 1918 begann die „Flucht“ Stadtlers aus der Gefangenschaft, bis er, von der westlich des Ural gelegenen Stadt Ufa aufbrechend, kurze Zeit später auf verschlungenen Wegen sein Ziel Moskau erreichte. In Ufa hatte er sich relativ frei bewegen können, so dass von den normalen Attributen einer „Gefangenschaft“ nicht die Rede sein konnte: „Für uns Kriegsgefangene hieß aber Bolschewismus: absolute Freiheit, Abschaffung des Barackenzwangs, im Grunde genommen Aufhebung der Kontrolle. Auf der Straße begegnete man infolgedessen überall Deutschen, Österreichern, Ungarn, Türken, lauter Kriegsgefangenen, die die lang entbehrte Freiheit genossen.“^[20] Stadtler verdiente sogar regelmäßig Geld aufgrund seiner Privatstunden als Sprachenlehrer, die er in den Häusern wohlhabender Familien abhielt.

Am 27. Mai meldete er sich bei der deutschen Botschaft, wo er auf zwei überaus interessante Persönlichkeiten traf: den Botschaftsrat Kurt Riezler und Botschafter Karl Helfferich. Riezler hatte lange Zeit als engster Mitarbeiter des im Februar 1917 entlassenen Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg gedient. Er galt zu recht als der Autor des geheimen „Septemberprogramms“ vom 9. September 1914, in dem die Reichsleitung ihre weit reichenden Kriegsziele formuliert hatte.^[21] Riezler hatte überdies unter Pseudonym eine wichtige Analyse und Programmschrift zur weltpolitischen Lage sowie zu den innen- und außenpolitischen Zielen des deutschen Imperialismus publiziert.^[22]

Karl Helfferich wurde als Nachfolger des am 6. Juli 1918 in den Räumen der diplomatischen Vertretung ermordeten Grafen Wilhelm von Mirbach-Harff zum deutschen Botschafter in Moskau ernannt. Helfferich Karriere begann 1904 in der Kolonialpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, 1906 avancierte er zum Direktor der „Bagdad-Bahn-Gesellschaft“. 1908 folgte Helfferich einem Angebot, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bank zu werden. Im Februar 1915 berief ihn Bethmann Hollweg zum Staatssekretär des Reichsschatzamt (so lautete die Bezeichnung des damaligen Finanzministeriums), vom Mai 1916 bis zum Oktober/November 1917 amtierte er als Vizekanzler und Staatssekretär des Reichsamtes des Innern. Nach dem Krieg kreuzten sich seine und Stadtlers Spuren immer wieder bis zu seinem Tode am 23. April 1924.

Eduard Stadtler wurde rasch zum Leiter der Presseabteilung der Botschaft bestellt. Jetzt hatte er die Möglichkeit, die Russische Revolution aus der Nähe zu betrachten und auch aufgrund des

eigenen Augenscheins Analysen zur Lage im ehemaligen Zarenreich zu Papier zu bringen. Seine Denkschriften wurden oft vom Botschafter signiert und als angeblich aus seiner Feder stammende Ausarbeitungen auf den Dienstweg ins Auswärtige Amt gesandt. Stadler war jetzt in einer Position, in der er nicht mehr allein publizistisch, sondern auch politisch wirken konnte. Seine Anschauung über eine zukünftig von Deutschland gegenüber Sowjet-Russland einzuschlagenden Strategie formulierte er in einem Brief, den er am 8. Juli 1918 an seine Frau richtete, mit folgenden Worten: „Die ‚russische Gefahr‘ liegt in der von da ausgehenden Revolutionsgefahr. Wir müssen nicht Randstaaten gegen ein moskowitzisches Russland bilden, sondern ganz Russland reorganisieren und bis zum Ural hin wiederherstellen helfen.“^[23] Dass es sich hier um eine „Wiederherstellung“ unter antikommunistischem Vorzeichen handeln sollte, bedarf keiner Erläuterung.

Die Gründung der „Antibolschewistischen Liga“

Doch Stadler hielt es nicht lange in der Botschaft. Er war von dem Gedanken durchdrungen, nach Deutschland zurückkehren zu müssen und entscheidend dazu beizutragen, aufgrund seiner in Russland gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse eine Wiederholung revolutionärer Ereignisse in seiner Heimat zu verhindern. Am 16. August 1918 betrat er wieder deutschen Boden, weilte nur kurz bei seiner Familie in Düsseldorf und eilte nach Berlin, um seine „antibolschewistische Mission“ zu erfüllen. Dabei erfuhr er zunächst keine große Resonanz. Im Auswärtigen Amt wurde er zwar empfangen, aber die Diplomaten verwarnten sich gegen Stadlers Ratschläge; man unterstellte ihm einen „Bolschewistenfimmel“ und erklärte unumwunden: „In Deutschland käme eine Revolution gar nicht in Frage.“ Doch Stadler war auch von den Geheimräten in der Wilhelmstraße nicht zu bändigen. Er erklärte, „Deutschland stehe unmittelbar vor einer Revolution, und zwar vor dem Ausbruch einer ähnlichen Revolution, wie sie Russland als bolschewistische Revolution erlebt habe.“^[24] Es folgten ereignisreiche Wochen, in denen Stadler bei zahlreichen Persönlichkeiten, Ämtern und Redaktionen antichambrierte und Verbündete für sein Anliegen zu gewinnen suchte. Sogar eine Denkschrift für General Erich Ludendorff wird zu Papier gebracht und am 4. September 1918 abgeschickt. Die Kernsätze dieser Ausarbeitung lauteten: „Bruch mit Sowjetrussland, Einmarsch, Eroberung Petersburgs, Etablierung einer nationalrussischen Regierung, Revision des Brester Friedens!“^[25] Doch Stadler beließ es nicht bei schriftlicher Expertise. Vom Kriegspresseamt wurde ihm der Auftrag erteilt, in mehreren deutschen Städten – darunter in Münster, Hamburg, Düsseldorf, Ulm, Stuttgart und Heilbronn – Ende September/Anfang Oktober 1918 Vorträge zur politischen Lage halten, was er dankbar akzeptierte. Manche seiner Reden, zu denen sich ein immer größeres Publikum versammelte, wurden von der Presse im Wortlaut oder in Auszügen wiedergegeben. Der Name Eduard Stadler gewann am Vorabend der Novemberrevolution allmählich einige Prominenz, seine vor dem „Bolschewismus“ warnende Stimme erfreute sich wachsender Resonanz. Doch mit seiner Rolle als Redner war Stadler nicht zufrieden. Er wollte mehr. Ihm ging es darum, der Organisator einer Bewegung zu sein, die in jeder denkbaren Weise gegen den Bolschewismus und die drohende Revolution in Deutschland ankämpft. Hierzu bedurfte es allerdings einflussreicher Verbündeter. Bei der Suche nach derartigen Verbündeten half ihm vor allem ein alter Bekannter aus Moskauer Zeiten: Der Botschafter a. D. Karl Helfferich, der über exzellente Verbindungen in führenden Kreisen der Monopolbourgeoisie und der Politik verfügte. Er organisierte die notwendigen finanziellen Hilfen, die es Stadler ermöglichen sollten, seine Projekte zu realisieren. Allerdings sollte bis dahin noch so einige Zeit vergehen, so dass die Revolution in Deutschland bereits die politische Szenerie im Lande prägte. Stadlers Stimmungslage war angesichts dessen von Verzweiflung, aber zugleich von dem Bestreben geprägt, die Konterrevolution an führender Stelle organisieren zu helfen. Am 28. November – inzwischen wehten bereits seit drei Wochen rote Fahnen in Berlin – schlug die Geburtsstunde des „Generalsekretariats zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus“ und der am gleichen Tage konstituierten „Antibolschewistischen Liga“, die für die Gründung und Anleitung von Ortsgruppen in möglichst vielen Städten gedacht war.^[26] Karl Helfferich hatte sich bereit erklärt, in seiner Privatwohnung in der Hitzigstraße am Rande des Großen Tiergartens mit Stadler über die Realisierung seines Anliegens zu diskutieren, „eine antibolschewistische Bewegung zu entfesseln“.^[27] Der Hausherr wollte selbst nicht in

Erscheinung treten, versprach aber einflussreiche Finanziers für das Projekt zu gewinnen. Dabei handelte es sich zunächst um den Sprecher des Vorstandes der Deutschen Bank, Paul Mankiewitz. Stadler erhielt durch die Vermittlung Helfferichs einen sofortigen Termin beim Chef des größten deutschen Kreditinstituts und die Gelegenheit, ihm in dessen Büro seine Planungen vorzustellen. Der Lohn bestand in einer „Anschubfinanzierung“ in Höhe von 5.000 Mark. Zwei Tage später, am 30. November, folgte eine Zusammenkunft in der Wohnung des sozialliberalen Parteiführers Friedrich Naumann^[28], an der weitere interessierte Herren teilnahmen, die allerdings über keinen entscheidenden politischen Einfluss verfügten. Naumann war jedoch überaus hilfsbereit. Aus einem nicht näher bezeichneten „politischen Fonds“ steuerte er 3.000 Mark für die Gründung der Stadlerschen Organisation bei. Somit konnte am 1. Dezember 1918 in der Lützowstraße im Bezirk Tiergarten das „Generalsekretariat“ seine Arbeit aufnehmen. Noch am gleichen Abend ging Stadler an die Arbeit und engagierte Mitarbeiter für sein Unternehmen, die folgende ambitionierte Aufgaben realisieren sollten: „1. Schaffung eines Verlags zwecks sofortiger Herausgabe von wissenschaftlichen Broschüren über den Bolschewismus. 2. Herausgabe von populären Flugschriften ‚Antispartakus‘ für den Massenvertrieb durch Parteien und andere Organisationen bei den eben von der Regierung angesetzten Nationalversammlungen. 3. Vortragszyklus über den Bolschewismus. 4. Ausbildung von Agitatoren und Rednern. 5. Errichtung eines antibolschewistischen Presse- und Nachrichtendienstes.“^[29] Am 7. Dezember schrieb Stadler an seine Frau, er strebe mit seinem neu gegründeten „Generalsekretariat“ etwas Neues an, „das man konservativ-sozialistisch oder nationalsozialistisch etikettieren könnte. Ich bin fest entschlossen, dahin zu steuern.“^[30] Mit welchen politischen und gesellschaftlichen Interessen gedachte Stadler in den Kampf gegen die Konterrevolution zu ziehen? Seine diesbezüglichen Pläne waren sehr ambitioniert: Es müsse ihm und seinen Gesinnungsgenossen gelingen, „Arbeiterschaft und Bürgertum, Bauerntum und geistige Schichten auf neuer konservativ-sozialistischer, nationalsozialistischer Basis zu sammeln.“ Sollte dies gelingen, „dann war es vielleicht auch möglich, innerhalb der sozialdemokratischen Führerschicht die besten Elemente herüberzuziehen, wie es alsdann auch leicht werden musste, die positiven Kräfte der Konservativen und der Nationalliberalen wieder in Aktion zu bringen. Mit dem Kern der alten Armee war damit eine Macht geschaffen, gegen die der Ansturm des Kommunismus-Bolschewismus zerschellen musste.“^[31]

Doch die Verwirklichung der weitreichenden Pläne Eduard Stadlers erforderte eine groß dimensionierte finanzielle Basis. Mit einigen Tausend Mark war es nicht getan. Am 10. Januar 1919, einen Tag, bevor konterrevolutionäre Truppen u. a. das Zeitungsviertel in ihre Gewalt brachten, wurden die materiellen Voraussetzungen geschaffen, um die Projekte Stadlers nachhaltig durchführen zu können. Der Ort dieser bedeutsamen Zusammenkunft war das „Fliegerverbandshaus“ (Aero-Club) in Blumeshof in der Nähe der Ost-West-Achse (heute: Straße des 17. Juni).^[32] Um 16 Uhr begann Stadler, einen Vortrag über „Bolschewismus als Weltgefahr“ zu halten. Erschienen waren etwa 50 Persönlichkeiten aus der Monopolbourgeoisie, „das Führertum der deutschen Wirtschaft“.^[33] Zu ihnen gehörten Carl-Friedrich von Siemens (Delegierter der Aufsichtsräte der Siemens-Schuckert- und der Siemens-und-Halske-AG); Ernst von Borsig (Chef der im Familieneigentum befindlichen Borsig-Werke und Präsidiumsmitglied des RDI); Felix Deutsch (Vorsitzender des Direktoriums der AEG); Arthur Salomonsohn (persönlich haftender Gesellschafter der Großbank Disconto-Gesellschaft und Aufsichtsratsvorsitzender der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, des größten deutschen Bergwerksunternehmens); Hugo Stinnes (der Leiter des gleichnamigen Konzerns, bestehend aus Dutzenden Unternehmen unterschiedlicher Branchen, der zu den größten seiner Art in Europa gehörte). Auch die bereits in anderem Zusammenhang genannten Albert Vögler und Paul Mankiewicz waren zugegen. Zum Verlauf dieser Veranstaltung erfahren wir aus den Memoiren Stadlers das Folgende: „Ich ließ eine Kampf- und Mahnrede auf die 50 Herren niedersausen, wie sie es in dieser Form wohl ihr ganzes Leben hindurch noch nicht vernommen hatten. Zuerst setzte ich ihnen das Wesen und die Entwicklung der russischen Revolution auseinander, schilderte den Übergang von der Kerenski-Revolution zum Bolschewismus, den Zusammenhang des Bolschewismus mit den Zusammenbruchserscheinungen des Weltkrieges, den schleichenden bolschewistischen

Charakter der deutschen Revolution, die Gefahr, dass jeden Augenblick das gemäßigte mehrheitssozialistische Regime in Deutschland in ein radikal bolschewistisches Regime ausarten könnte, den kommenden Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft, die unerhörten außen- und innenpolitischen Gefahren dieses Zusammenbruchs für die Nation, die besondere Gefahr des Umstandes, dass die besten Soldaten noch alle an der Front, die ‚Etappenschweine‘ aber als ‚Revolutionäre‘ in der Heimat seien, die Notwendigkeit des sofortigen und großzügigsten Handelns. Ich rüttelte und schüttelte sie durcheinander und sank nach der großen rednerischen Leistung erschöpft zusammen.“^[34]

Nach einer Pause – so Stadtler – habe sich Hugo Stinnes erhoben und mit „einer sehr klaren und bestimmten Stimme“ erklärt, mit dem Inhalten des Vortrages vollkommen einverstanden zu sein. Er fuhr fort: „Wenn deutsche Industrie-, Handels- und Bankwelt nicht willens und in der Lage sind, gegen die hier aufgezeigte Gefahr eine Versicherungsprämie von 500 Millionen aufzubringen, dann sind sie nicht wert, deutsche Wirtschaft genannt zu werden.“^[35] Die genannte Summe sei bewilligt und ein „Umlageverfahren“ für ihre Aufbringung vereinbart worden – so, wie man es beim eingangs erwähnten „Industriellen Wahlfonds“ bereits seit einem Jahrzehnt praktiziert hatte. Der so genannte Antibolschewistenfonds speiste von nun an nicht nur die Verbände des Eduard Stadtler, sondern auch andere konterrevolutionäre Organisationen, vor allem die „Freikorps“. Auf jeden Fall konnte die Tätigkeit Stadtlers jetzt mit neuer Dynamik, unbelastet von finanziellen Problemen, fortgesetzt werden. Eduard Stadtler kämpfte gegen die Revolution und den „Bolschewismus“ dabei auf mehreren Ebenen.

Stadtler als „Volkstribun“ und konterrevolutionärer Verleger

Erstens trat er, ein offenbar glänzender Rhetoriker, in zahlreichen Großversammlungen vor Tausenden Zuhörern in Berlin auf. Er schaffte es, kurz hintereinander den Sportpalast ebenso zu füllen wie den großen Saal in der Versammlungsstätte „Rheingold“^[36] oder das Auditorium Maximum der Berliner Universität, wo er am 9. Januar 1919 die Studenten „zu den Waffen“ rief.^[37] Am 27. Januar 1919 begab sich Stadtler sogar in die „Höhle des Löwen“. Vor etwa 5.000 Arbeitern sprach er in den Tegeler Borsigwerken zum Thema „Bolschewismus und Arbeiterschaft“. Teilweise war vom Publikum ein Eintrittsgeld zu entrichten, was dem Massenandrang zu seinen Vorträgen keinen Abbruch tat. Rastlos war er auch über Berlin hinaus als Star-Redner der Konterrevolution tätig, so zum Beispiel in Hamburg und in Düsseldorf. Der Diplomat und Schriftsteller notierte am 10. Februar über seine Eindrücke von den rednerischen Qualitäten Stadtlers: „Er redete platt, aber begeistert.“^[38] Und der spätere Reichskanzler Heinrich Brüning urteilte in seinen Memoiren über einen Vortrag Stadtlers bei einer Veranstaltung in Münster: „Rednerisch am eindrucksvollsten war Eduard Stadtler, den ich von meiner Straßburger Studienzeit her kannte. (...) Von Stadtler erhielt ich den ersten klaren Bericht über die Lage in Berlin.“^[39]

Zweitens entfaltete er eine bis dahin nicht gekannte Flugblatt- und Flugschriftenpropaganda.^[40] Vor allem Berlin wurde mit den Druckerzeugnissen der „Antibolschewistischen Liga“ geradezu überschwemmt. Von seinen eigenen Reden ließ er Stenogramme anfertigen, die als Grundlage für die bereits in den darauf folgenden Tagen publizierten Broschüren dienten. Auflagen von 50.000, ja 100.000 Exemplaren waren keine Seltenheit. So genannte Revolutionsflugschriften, bei denen es sich in Wahrheit natürlich um Konterrevolutionsschriften handelte, erschienen Ende Januar mit Titeln wie „Der Bolschewismus in Russland und seine Wirtschaftspolitik“, „Die Wahrheit über die Bolschewiki“ oder „Der asiatische Bolschewismus – das Ende Deutschlands und Europas!“ Vom Dezember 1918 bis zum März 1919 gab die „Antibolschewistische Liga“ die Reihe „Revolutionäre Streitfragen“ heraus, insgesamt 13 Hefte, als deren Autor u. a. auch Adam Stegerwald hervortrat, einer der Führer der Christlichen Gewerkschaften und spätere Reichsarbeitsminister der Kabinette Brüning vom März 1930 bis zum Juni 1932. Daneben veröffentlichte Stadtler selbst in unterschiedlichen Zeitungen zahlreiche Artikel. Täglich erschien seit dem 15. Dezember 1918 die „Antibolschewistische Korrespondenz“.

Stadtlers Wirken hinter den Kulissen

Drittens pflegte er mit großer Intensität und selbstverständlich hinter den Kulissen Beziehungen mit politisch einflussreichen Persönlichkeiten sowie kommandierenden Offizieren der konterrevolutionären Soldateska, um sie für eine konsequente Fortsetzung ihrer terroristischen Aktivitäten, ja für den politischen Mord an den Führern der Spartakisten zu gewinnen. Hier seien nur seine Treffen mit dem „Volksbeauftragten“ Gustav Noske und dem Major Pabst beispielhaft erwähnt. Zu seinem Treffen mit Noske am 9. Januar 1919 berichtet Stadtler: „Ich ging gleich in medias res. Eindringlich setzte ich ihm zunächst die hoffnungslose Lage der Hauptstadt auseinander, versuchte ihm klarzumachen, dass er der einzige Mann sei, der zur Zeit das allgemeine Vertrauen des Bürgertums und der Arbeiterschaft zugleich besitze...Das deutsche Volk sehe in ihm einen Erretter. Diesen Führerruf müsse er aber nun in des Wortes wahrster Bedeutung vor der Geschichte rechtfertigen. Er müsse das Vertrauen des Volkes durch den Willen zur ‚Nationalen Diktatur der sozialen Revolution in geschichtlichen Taten wahr machen. (...) Er müsse nicht nur mit den Truppen einmarschieren,...sondern sofort nach der Eroberung Berlins feierlich von seiner eigenen Partei sich lossagen und die nationale und soziale Solidarität des deutschen Volkes in einer unabhängigen diktatorischen Staatsführung realisieren. Gegen seine eigene Partei und gegen das ganze Parteiwesen!“^[41] Mit Major Pabst^[42], dem 2. Generalstabsoffizier der berüchtigten Garde-Kavallerie-Schützen-Division, führte Stadtler am 12. Januar ein Gespräch im Hotel Eden, in dem sich der Stab dieser Einheit befand. Hierzu sei aus seinen Memoiren das Folgende zitiert: „Das war eine Freude, diesen prachtvollen, energisch lebendigen, tatfrohen Soldaten zu erleben! Und wie er auf meine politischen Ideen einging! (...) Wenn auf unserer Seite vorerst keine Führer zu sehen seien, dann dürfte wenigstens die Gegenseite auch keine haben. Karl Radek sei eine eminente Gefahr, Karl Liebknecht weniger,...aber Rosa Luxemburg sei im höchsten Maße gefährlich, sie sei ein wirklicher ‚Mann‘, und mit jedem Tage wachse ihre Popularität bei den irregeführten, fanatisierten proletarischen Massen. (...) Major Pabsts Augen glänzten. Das war andere Musik, als er sie täglich zu hören bekam. Er stand auf, drückte mir soldatisch die Hand und sagte nur: ‚Ich danke Ihnen sehr, auf mich können Sie sich verlassen.‘ Ein Mann, ein Wort. Wenige Tage darauf, am 15. Januar, hatten die Mannen Major Pabsts...die beiden führenden Kommunisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als politische Gefahrenzentren beseitigt.“^[43] Eduard Stadtler inszeniert sich hier als der Initiator für die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs und als Motivator für Noskes Entscheidung, am 11. Januar die konterrevolutionäre Soldateska in Berlin einmarschieren und im Zeitungsviertel ein wahres Massaker anzuzetteln.

Stadtler und das Kapital

Viertens ist hervorhebenswert, dass sich Stadtler des besonderen Wohlwollens führender Vertreter der Industrie und der Banken erfreute. Nicht nur an die erwähnte Versammlung am 10. Januar im Flugverbandshaus in Berlin ist zu erinnern. So wie hier in Berlin trat Stadtler am 15. Januar 1919 im „Stahlhof“ in Düsseldorf und am 24. Januar in Hamburg mit wichtigen Repräsentanten der Monopolbourgeoisie zusammen, so unter anderem mit dem „Stahlbaron“ des Rhein-Ruhr-Gebiets August Thyssen; Emil Kirdorf (Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG); Fritz Springorum (Mitglied des Direktoriums der Hoesch AG); Paul Reusch (Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte AG und Präsident der Industrie- und Handelskammer Duisburg), und dem schon genannten Albert Vögler in Düsseldorf; mit Max von Schinckel (Direktor der Deutschen-Bank-Filiale in Hamburg, über die das Überseegeschäft des Instituts abgewickelt wurde), dem Bankier Max Warburg und Franz-Heinrich Witthoefft (Präsident der Industrie- und Handelskammer Hamburg und späterer Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank) in der Hansestadt.^[44] Stadtlers Vertrauensleute, die ihm den Zugang zu diesen Kreisen verschafften und stets ein offenes Ohr für ihn hatten, waren Paul Mankiewicz von der Deutschen Bank und Felix Deutsch von der AEG.

Exkurs: Die Finanzierung der Konterrevolution und bürgerlicher Parteien 1918 bis 1921

Die großzügige Finanzierung der „Antibolschewistischen Liga“ und des „Generalsekretariats zum

Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus“ stellte keine Ausnahme dar. Im Gegenteil waren sich die wichtigsten Exponenten des deutschen Monopolkapitals offenbar bewusst, dass vom Erfolg der Freikorps, der konterrevolutionären Organisationen, unter welchen Namen sie immer formieren mochten, und der neu gegründeten bürgerlichen Parteien letztlich das Schicksal der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entscheidend abhängen würde. Deshalb öffneten sie in den ersten Monaten und Jahren der Weimarer Republik ihre Geldbörsen in einem Maße, wie das zuvor noch nie der Fall gewesen sein dürfte.

Näheres hierzu sagen die Akten der Firma Borsig aus. Zunächst ging es sehr großzügig zu, wenn sich Angestellte dieses Unternehmens zu den Freikorps meldeten. Wir lesen in einem internen Schreiben vom 5. März 1919, das der Geschäftsführer („Leiter des Zentralbüros“) Rudolf von Bennigsen-Förder unterschrieben hatte, der gemeinsam mit den Brüdern Ernst und Conrad von Borsig das Unternehmen leitete, dass „sich sowohl mein Chef, der Herr Geheime Kommerzienrat Ernst von Borsig, als auch eine Reihe meiner Beamten der Zeitfreiwilligen-Compagnie stellen wollen“ und finden sodann den Hinweis, dass sich die Meldestelle dieser Kompanie bei der „Freiwilligen-Zentrale“ für die schon erwähnte Garde-Kavallerie-Schützen-Division des Majors Pabst am Kurfürstendamm 243 befinde.^[45] Für die Versorgung des bei den verschiedenen Freikorps und militärischen Einheiten dienenden Personals wurde gut gesorgt. Einem der Akte beigefügtem Rundschreiben der Siemens-Werke vom 31. Januar 1919 ist zu entnehmen, dass Arbeiter und Angestellte, die sich für den „Grenz- und Heimatschutz“ freiwillig meldeten, beurlaubt würden und eine „Kriegsunterstützung“ erhielten. Doch damit nicht genug. Auch die unmittelbare Alimentierung der Freikorps wurde praktiziert. Die Firma Borsig, so teilte es Ernst von Borsig persönlich dem „Wehrausschuss der Brigade Reinhard“ am 26. April 1919 mit, der ihn um die Überweisung von Geldmitteln gebeten hatte, habe „bereits für die Zwecke der Freiwilligen Truppenformationen einer Zentralstelle eine namhafte Summe zur Verfügung gestellt.“^[46] Das genaue Datum der Überweisung und die Höhe der Summe lässt sich nicht rekonstruieren, da nicht wenige Zahlungsvorgänge der Hauptkasse des Unternehmens, darunter Millionensummen, den Vermerk „an Verschiedene“ tragen bzw. häufig auf die privaten Konten Ernst und Conrad von Borsigs flossen.^[47]

Ein besonderes Anliegen der Firma Borsig bestand in der Finanzierung der bürgerlichen Parteien. Bereits am 16. Januar 1919 bedankte sich die „Geschäftsstelle der Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds“ bei Ernst von Borsig für die Überweisung von 10.237 Mark.^[48] Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und die Deutsche Volkspartei (DVP) erfreuten sich darüber hinaus der besonderen Freigiebigkeit des Hauses Borsig. Für die Organisation der DVP im Regierungsbezirk Potsdam waren im Dezember 1918 1.000 Mark gespendet worden, im Verlaufe des Jahres 1920 folgten 2.000 Mark für die zentrale Parteikasse, 2.000 Mark für die DVP in Berlin, 500 Mark für die Ortsgruppe Berlin-Oranienburger Tor und 1.000 Mark für die Parteiorganisation im Wahlkreis Potsdam. 1921 wurde die Ortsgruppe am Oranienburger Tor erneut mit insgesamt 900 Mark bedacht. Für eine „Wohltätigkeitsveranstaltung“ war am 2. Februar 1920 die Überweisung von 200 Mark erfolgt.^[49] Doch es blieb nicht bei diesen „bescheidenen“ Summen. Am 15. September 1921 beschloss der „Geschäftsführer-Ausschuss“ der Firma Borsig, für die bevorstehenden Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung die DVP und die DNVP „auf eigene Faust zu unterstützen“, da ein industrieller Wahlfonds für diese kommunale Wahl nicht zustande gekommen sei.^[50] Im Protokoll der Beratung lesen wir: „Es wurde beantragt, im ganzen 130.000 Mark zu verausgaben und diese, wie folgt, zu verteilen: a) der deutschnationalen Volkspartei und ihren Untergruppen 60.000 Mark, b) der deutschen Volkspartei und ihren Untergruppen 60.000 Mark, c) jeder der für Berlin...zuständigen Bezirksgruppen der deutschnationalen Partei und der deutschen Volkspartei 5.000 Mark.“^[51] In einer Aufzeichnung vom 10. Februar 1922 wird mitgeteilt, dass die DVP und die DNVP, deren Mitglied Ernst von Borsig war, seit dem Dezember 1918 jeweils 106.855 Mark erhalten hätten.^[52] In den Akten sind die Zahlungen an folgende regionale und lokale Gliederungen der beiden Parteien für die Zeit vom Mai 1920 bis zum Februar 1921 nachgewiesen: DNVP – Kreisgruppen Niederbarnim (2.000 Mark), Westhavelland-Rathenau (1.000 Mark) und Berlin-West (2.000 Mark), ferner für die Ortsgruppe Tegel (4.000 Mark) und den Landesverband Berlin (4.000 Mark). Die

Akademische Ortsgruppe Berlin erhielt lediglich eine Zuwendung in Höhe von 200 Mark. Und die DVP? Hier waren im gleichen Zeitraum an die Wahlkreisverbände II und IV der Deutschen Volkspartei 2.000 bzw. 4.000 Mark überwiesen worden, während der Wahlkreisverband Potsdam 1.000 Mark, die Ortsgruppe Tegel des Wahlkreisverbandes IV 4.000 Mark erhielten.^[53] Parteispenden wurden zusätzlich über den „Verband der Berliner Metallindustriellen“ (VBMI) abgewickelt. Einer Aktennotiz vom 5. November 1921 verdanken wir die Information, dass vom Hause Borsig pro Kopf der Belegschaft 5 Mark an den VBMI „zur Weiterleitung an die verschiedenen bürgerlichen Parteien“ gezahlt worden sei, insgesamt habe es sich um 36.755 Mark gehandelt.^[54]

Wir sehen: Die Finanzierung des Eduard Stadtler und seiner konterrevolutionären Aktivitäten ordnete sich ein in die nicht verwunderliche Praxis der deutschen Monopolbourgeoisie, die ihr genehmen Parteien und Verbänden großzügig zu alimentieren. Im Übrigen war Stadtler – gemäß einer Aufzeichnung des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 3. Juli 1922 – an der Verwaltung und der Weiterleitung von Fonds beteiligt, die nach dem Kapp-Putsch von der Industrie geschaffen worden seien, „um eine Geldreserve zur Abwehr von neuen Umstürzbewegungen zu haben. Gedacht war in der damaligen Zeit natürlich nur an eine Abwehr von Umstürzbewegungen von links. (...) Die Gesamtsumme des oder der Fonds wird auf etwa 400 Millionen Mark beziffert.“^[55]

Die Büchse der Pandora

Die Beziehungen zwischen Eduard Stadtler und seinen industriellen Hintermännern gerieten zu Beginn des Jahres 1919 in eine Krise. Die Ursache hatten wir bereits angedeutet. In seinen öffentlichen Verlautbarungen waren zumindest verbale Konzessionen an den Zeitgeist nötig; Begriffe wie „Sozialismus“ und „Räte“ durften nicht ausgespart werden, wenn man auf Resonanz erpicht war. Die Herren Stinnes und Co. befanden, dass die soziale Demagogie des Herrn Stadtler, seine häufige Bezugnahme auf einen zu errichtenden „Sozialismus“, die Gefahr in sich bargen, von Teilen des Auditoriums missverstanden zu werden. Stadtler wiederum ging realistischer Weise davon aus, dass eine platte Apologie des bestehenden bürgerlich-kapitalistischen Systems kein ausreichendes Gehör finden würde. Eine schwierige Gratwanderung. Seine bereits erwähnte Rede vor der Belegschaft des Borsig-Werkes in Berlin-Tegel am 27. Januar 1919 brachte schließlich das Fass zum Überlaufen. Was war geschehen? „Ich machte keinerlei Hehl daraus“, so Stadtler in seinen Memoiren, „...dass die Arbeiterratsidee etwas Gesundes in sich berge, dass der liberalistische Herr-im-Haus-Standpunkt des 19. Jahrhunderts endgültig erledigt sei, und dass es auf eine enge und funktionelle Zusammenarbeit zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum ankomme. Ich trat damit, wie man zu sagen pflegt, ins ‚Fettnäpfchen‘. Dass ich als Führer der ‚Antibolschewistischen Liga‘ dem Arbeiterratsgedanken positive Seiten abgewinnen wollte, machte die Herren der Industrie stutzig.“^[56] Die Folge dieses „Stutzens“ bestand in einem neuerlichen Treffen im Flugverbandshaus. Allerdings ging es dieses Mal nicht um die neuerliche Sammlung von Millionensummen, sondern um eine hochnotpeinliche Anhörung des Delinquenten, der sich vor dem Tribunal wichtiger Exponenten der Monopolbourgeoisie zu verantworten hatte. Wiederum anwesend waren neben anderen Größen von Industrie und Banken die Herren von Siemens, Stinnes, Salomonsohn, von Borsig und Deutsch, der zu dieser Veranstaltung eingeladen hatte. Felix Deutsch eröffnete nach der Darstellung Stadtlers die Versammlung mit anklagenden Worten: Statt den Rätegedanken zu bekämpfen, habe er ihn öffentlich propagiert. Der Angegriffene wehrte sich mit einem langen Vortrag, unterbrochen durch Zwischenfragen von Hugo Stinnes, in dem er ausführlich sein spezifisches Verständnis von „Arbeiterräten“ entwickelte, das sich natürlich grundsätzlich von den Vorstellungen der Revolutionäre unterschied. Bei Stadtler handelte es sich im Kern um „Arbeitsgemeinschafts“-Gremien, die einvernehmlich und „friedlich“ die Interessen der Arbeiterschaft in den Betrieben vertreten sollten, wobei eine grundsätzliche Gemeinsamkeit der Interessen von Arbeit und Kapital unterstellt wurde. Streiks oder andere Kampffaktionen waren hier nicht vorgesehen. Bei Stadtlers Räten sollte es sich im Kern um „Institutionen der Klassenkollaboration von Unternehmern und Lohnarbeitern“ handeln.^[57] Sie stellten gewissermaßen ein Element der von ihm propagierten „berufsständischen Ordnung“ dar. Das

Auditorium war zufrieden. Stinnes habe nach dem Vortrag ausgerufen: „Sie haben uns überzeugt; wenn der Arbeiterratsgedanken so aufgefasst wird, wie Sie ihn vertreten, dann ist er zweifellos ein gesunder Gedanke, von dem Ersprießliches für die deutsche Volkswirtschaft erwachsen kann.“^[58]

Die versammelten Repräsentanten der Monopolbourgeoisie trauten jedoch dem Frieden nicht. Anlass für ihr erneutes Misstrauen gegenüber Stadtler war ein Artikel in der meinungsbildenden „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, in dem er geschrieben hatte, dass es keine schönere Aufgabe als die Inangriffnahme der Sozialisierung gebe.^[59] Für Stadtler wurde deshalb ein Zensor bestellt, der seine Veröffentlichungen kritisch nach „missverständlichen“ Inhalten vor ihrer Publikation überprüfen sollte. Der Zensor war kein Geringerer als Dr. Jakob W. Reichert, Geschäftsführer des mächtigen „Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“.^[60] In einem Brief an Conrad von Borsig, der auch dem Präsidium des Deutschen Industrie- und Handelstages angehörte, schrieb er am 7. Februar 1919: „Ich teile Ihre Auffassung vollkommen und habe Herrn Dr. Stadtler bereits wissen lassen, dass er sich in diesen Wirtschaftsfragen eine größere Zurückhaltung auferlegen muss. Schon bei einer anderen Gelegenheit habe ich Herrn Dr. Stadtler darauf aufmerksam gemacht, dass er und die ihm nahestehenden Herren sich hüten müssen, sich der Räteverfassung und der Sozialisierung günstig gegenüber zu stellen. Herr Dr. Stadtler hat es mir zugesagt, und *ich habe auch die wirtschaftliche Redaktion seiner Schriften übernommen.*“^[61]

Im März 1919 war es dann so weit, dass sich die Wege trennten.^[62] Eduard Stadtler trat als Leiter der „Antibolschewistischen Liga“ zurück, die Liga wurde am 3. März umbenannt in die „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“, die bis 1925 weiter existierte. Stadtler hielt auch weiterhin mit großer Resonanz öffentliche Vorträge, in denen er von der Notwendigkeit eines „neuen Sozialismus“, vom sich vollziehenden „Aufstieg der Arbeiterschaft“ und von der durchzusetzenden „Mitbestimmung“ der Arbeitenden sprach. Dass er wiederum alle diese Begriffe mit Inhalten füllte, die auf dem „Verständigungsfrieden zwischen Unternehmern und Proletariat“ beruhten und dem „aus der Anarchie zur Macht drängenden alten Parteisozialismus“ eine scharfe Absage erteilten, war für die Herren aus Großindustrie und Banken nicht entscheidend.^[63] Stadtler wurde bei ihnen zur persona non grata. Allerdings blieb er ein rastloser Publizist, der in den Zeitungen „Das Gewissen“^[64] und „Das Großdeutsche Reich“, aber auch in anderen Gazetten, unzählige Artikel und Analysen veröffentlichte.^[65] Zugleich war er als politischer Redner im ständigen Einsatz: „Insgesamt hielt Stadtler vom 22. Juli 1922 bis Anfang 1929 etwa 2.000 Reden, 1926 260 Vorträge und im Winterhalbjahr 1927/28 157 Vorträge, trat als Hauptreferent in verschiedenen Versammlungen der Vereinigten vaterländischen Verbände, des Deutschen Ostmarkenvereins, des Alldeutschen Verbandes, der Reichsflagge, des Königin-Luise-Bundes, der Allgemeinen Offiziersvereinigung, des Bundes der Großdeutschen und der DNVP auf.“^[66] Außerdem war er ein gefragter Referent des „Stahlhelms“ und des Reichslandbundes. 1931/32 wurde er für die DNVP, in deren Parteivorstand er 1931 gewählt worden war, noch Mitglied des Reichstages und des Preußischen Abgeordnetenhauses, ehe er im März 1933 zur NSDAP übertrat. Als Parlamentarier hinterließ er in der kurzen Frist seiner Abgeordnetentätigkeit keine markanten Spuren. Im „Stahlhelm-Bund der Fronsoldaten“, dem größten militaristischen „Wehrverband“ der Weimarer Republik, konnte er einen politischen Platz nur noch in der „zweiten Reihe“ als Vorsitzender des Studentenbundes „Langemarck“ und als Mitglied des Vorstandes sowie des Finanz-Ausschusses finden. Bei den Deutschnationalen galt er als Ratgeber des seit 1928 amtierenden Parteivorsitzenden Alfred Hugenberg – doch damit waren seine nicht sehr anspruchsvollen Ämter weitgehend erschöpft. Eine politisch wichtige Rolle, die er ohne Zweifel 1918/19 gespielt hatte, blieb ihm danach verwehrt. In den Jahren des Faschismus spielte er keine Rolle mehr. Der „Einpeitscher des militanten Antikommunismus“ (Rüdiger Stutz) und „Bürgerkriegsmanager“ (Wolfgang Ruge) der Revolutionsmonate von November 1918 bis zum März 1919 war in Vergessenheit geraten. Am 5. Oktober 1945 verstarb er als internierter Nazi im sowjetischen „Speziallager“ Sachsenhausen.

Zusammenfassung

Eduard Stadtler war zweifellos einer der herausragenden Persönlichkeiten der Konterrevolution

von 1918/19. Ein ausgeprägtes, ja übersteigertes Selbstbewusstsein und die rhetorischen Fähigkeiten, mit denen er große Menschenmassen in seinen Bann ziehen konnte, prädestinierten ihn für eine tragende Rolle auf Seiten der Konterrevolution. Er war keiner der Landsknechtsführer, die an der Spitze von Freikorps agierten und ihre Todesschwadronen auf grausamste Weise die Revolution bekämpfen ließen, wenngleich er ihr Handeln vorbehaltlos billigte. Er gehörte erst recht nicht zu den bürgerlichen Honoratioren-Politikern aus der wilhelminischen Ära, die sich vor jedweden Massenaktionen fürchteten, auch wenn sie sich gegen die Revolution richten sollten, und insgeheim von einer Restitution der Monarchie träumten. „Die deutsche ‚konservative‘ nationale Vergangenheit“, so rief Stadtler vor zahlreich erschienenem Publikum am 7. Januar 1919 aus, „muss gerettet werden, ohne die Formen, die, weil sie morsch waren, zerbrochen sind.“^[67]

Stadtler war ein Politiker neuen Typs. Reaktionär bis auf die Knochen, erkannte er aber hellsichtig, dass auch die kapitalistische Gesellschaft unter den neuen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen einer Massenbasis bedurfte. Seine Rezeptur, die Herstellung einer berufsständischen Ordnung, war allerdings vollkommen ungeeignet, um Arbeitermassen und andere Lohnabhängige mobilisieren zu können. Die Konstituierung eines Ständestaates war im Übrigen nur eines der konkurrierenden Konzepte der Herrschenden und ihrer Ideologen in der Zeit der revolutionären Nachkriegskrise, die vom November 1918 bis zum Ende des Jahres 1923 andauerte. Andere bevorzugten eine Militärdiktatur der Reichswehr oder ein Präsidialregime ohne echte parlamentarische Kontrolle; wiederum andere setzten auf die neu entstehenden faschistischen Bewegungen, deren Terror die sozialdemokratische und die kommunistische Arbeiterbewegung vernichten und die bürgerlich-parlamentarische Demokratie beseitigen wollte. Seit Benito Mussolinis erfolgreichem „Marsch auf Rom“ richteten sich viele Blicke auf Italien, das eine „Vorbildfunktion“ für die zu verändernden Zustände in Deutschland bekam. Welche dieser Konzeptionen sich letztlich als mehrheitsfähig für das Großkapital und seine politischen Prokuristen durchsetzen sollte, konnte in den Monaten der Revolution und während der revolutionären Nachkriegskrise mit ihren sehr rasch wechselnden politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen noch nicht entschieden werden. Jetzt ging es vor allem um kurzfristige Krisenbewältigungen. Nur Eines wurde bald klar erkennbar: Die Weimarer Republik wurde von den meisten Vertretern der Monopolbourgeoisie als „Republik auf Zeit“ (Wolfgang Ruge) verstanden, deren soziale und demokratischen Errungenschaften so bald als möglich wieder außer Kraft gesetzt werden müssten, auf welchen Wegen dies auch immer geschehen mochte. Wie ordnete sich Eduard Stadtler in diese Gemengelage ein?

Stadtler war, wie er in seinen Memoiren mehrfach hervorhebt, von der Idee einer gewaltsamen Unterdrückung, ja Vernichtung der sozialistischen Arbeiterbewegung nicht frei. Seine Mordpläne gegen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, für die er das Urheberrecht beanspruchte, dokumentieren dies. Insgesamt wird seine große Nähe zum Faschismus nicht in Abrede gestellt werden können. Seine zahllosen Beiträge in zum Teil von ihm selbst gegründeten Zeitungen und Zeitschriften aus den Jahren der Weimarer Republik dienen als Beweis. Entscheidend war, dass Stadtler in seinen Kundgebungen zwar punktuell Massen bewegen, aber keine stabile *Massenbewegung*, die seinen Zielsetzungen gefolgt wäre, herstellen konnte. Die Antibolschewistische Liga blieb daher in den Monaten um den Jahreswechsel 1918/1919 ein sehr einflussreicher Agitationsverband, ein Zentrum der konterrevolutionären Propaganda in Wort und Schrift, Stadtler selbst ein gefragter Ratgeber für die Herrschenden, an deren Tisch er einige Monate lang Platz nehmen durfte. Die Antibolschewistische Liga wurde jedoch keine politische Organisation nach den Vorstellungen Stadtlers. Die Parteien, deren Existenzberechtigung Stadtler so stark in Zweifel gezogen hatte, blieben auch weiterhin der Nukleus des politischen Systems. Er selbst wurde später ironischer Weise Mitglied der DNVP. Seine Einordnung als die eines „Frühfaschisten“, wie sie von Rüdiger Stutz beschrieben wird, kommt der Wirklichkeit wohl am nächsten.^[68]

Anmerkungen

-
- i ² Heinrich August Winkler: Griff nach der Deutungsmacht, Göttingen 2004, S. 7.
- ii Hans-Ulrich Wehler: Scheidewege der deutschen Geschichte. Von der Reformation bis zur Wende 1517-1989, München 1995.
- iii Helmut M. Müller: Schlaglichter der deutschen Geschichte, 2. aktualisierte Auflage, Bonn 2003, S. 229.
- iv Vgl. <http://www.Bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Podcasts/008/2008-11-08/pdf> (aufgerufen 24.01.2018)
- v Helga Grebing, Einhundert Jahre deutsche Revolution 1918/19, in: Perspektiven ds (des demokratischen Sozialismus) 34 (2017), H. 1, S. 198.
- vi Karl Dietrich Erdmann: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 7.
- vii Verwaltungsbericht der Stadt Luckenwalde 1921, zit. nach Heimatmuseum Luckenwalde: der Erste Weltkrieg in Luckenwalde. Ausstellungskatalog, Luckenwalde 2014.
- viii Mark Jones: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017, S. 211.
- ix Frank Deppe, Zur aktuellen Bedeutung der Novemberrevolution, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung 20 (2009), Nr. 77, S. 51.
- x Lothar Berthold, Ernst Diehl (Hrsg.): Revolutionäre Parteiprogramme. Berlin 1967, S. 83.
- xi Ebenda, S. 84 f.
- xii Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie, Berlin-München-Zürich-Wien 2017, S. 8 f., 16.
- xiii Joachim Käppner: 1918. Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen, München 2017, S. 12 f.
- [1] Neuerdings ist erschienen Claus Kristen: Ein Leben in Manneszucht. Von Kolonien und Novemberrevolution. Der „Städtebezwinger“ Georg Maercker, Stuttgart 2018.
- [2] Erwähnt seien Sebastian Haffner: Die verratene Revolution. Deutschland 1918/19, München 1969 u.ö.; Lothar Berthold u. Helmut Neef: Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution, 2., erweiterte u. überarbeitete Aufl., Berlin-DDR 1978; Wolfram Wette: Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987.
- [3] Siehe Wolfgang Ruge: Deutschland von 1917 bis 1933, 3. Auflage, Berlin-DDR 1978, S.74f. u. Dokumente zur deutschen Geschichte 1917-1919. Hrsg. von Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, Berlin-DDR 1975, Dok.54, S.71f. In diesem Abkommen konzedierte die Vertreter der Monopolbourgeoisie mit Hugo Stinnes an ihrer Spitze den Gewerkschaften u. a. das Koalitionsrecht, das Recht mit den Arbeitgeberverbänden Tarifverträge abzuschließen, den Achtstunden-Arbeitstag, die Beendigung der Unterstützung der „wirtschaftsfriedlichen“ Verbände, die Wiedereinstellung der demobilisierten Soldaten in ihren angestammten Betrieben und die Bildung von paritätischen Schlichtungsausschüssen. Zugleich verzichteten die reformistischen Gewerkschaftsführer mit Carl Legien als ihrem Verhandlungsführer auf die Durchsetzung weitergehender Forderungen, z. B. nach der unverzüglichen Sozialisierung von Schlüsselindustrien oder zumindest nach gewerkschaftlicher Mitbestimmung bei Investitionen oder Entlassungen. Eine Rechtfertigung des Handelns der Gewerkschaftsführungen und Theodor Leiparts, die nach unserer Auffassung allerdings ihre damals existierenden Handlungsspielräume verkennt, unternimmt Ulla Plener: Gewerkschaftliche Positionen 1918/1919 zu Aktionen und Gewalt, Sozialisierung und Räten: Verrat oder reformorientiertes sozialistisches Verhalten? , in: Reform-Revolution-Parlamentarismus. Zeitgemäße Betrachtungen über die deutsche Linke zwischen Revolutionarismus und Reformismus achtzig Jahre nach der Deutschen Revolution 1918/1919, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999, S.90ff.
- [4] Präzise Informationen zu den im Folgenden genannten Verbänden finden sich im Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke u. a., Leipzig 1983-1986, 4 Bde.
- [5] Siehe zum Folgenden: Reiner Zilkenat: Die deutsche Sozialdemokratie zur wilhelminischen „Welt“- und Flottenpolitik 1897 bis 1900, in: Rundbrief, hrsg. von der AG Antifaschismus beim Parteivorstand „Die Linke“, H.3-4/2013, S.62ff.
- [6] Siehe Vorwärts, Nr.32, 8.2.1900, S.3ff., wo ausführlich über den misslungenen Versuch von Flottenprofessoren berichtet wird, einige der insgesamt 19 am Vortage von der Sozialdemokratie in Berlin organisierten Protestversammlungen mit Hilfe ihrer Studenten „umzufunktionieren“. Einer der beteiligten Hochschullehrer war kein Geringer als Gustav Schmoller. Nach Recherchen des „Vorwärts“ wurden Studenten aus Dankbarkeit für ihr „Engagement“ als Claqueure bei derartigen Auftritten ihrer akademischen Lehrer von ihnen anschließend zum Essen eingeladen. Siehe Vorwärts, Nr.257, 2.11.1899, S.2.
- [7] Siehe hierzu die Unterlagen im Landesarchiv Berlin (im Folgenden: LAB), A. Borsig, A Rep.226, Nr.4. Ein

Teil dieser Quellen wurde 1967 in der DDR publiziert: Werner Müller u. Jürgen Stockfisch: Borsig und die Demokratie, in: Schriftenreihe des Stadtarchivs Berlin, Heft 1/1967, S.1ff.

[8] LAB, A. Borsig, A Rep.226, Nr.4, Vertrauliche Anlage zu einem Rundschreiben der Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds vom 4.3.1911, unfol.

[9] Ebenda, Bl.1.

[10] Stenographische Berichte über die Verhandlungen der beiden Häuser des Preußischen Landtages, 15.1. bis 20.6.1896, Herrenhaus, Bd.1, Berlin 1896, S.132 (Debatte vom 26.3.1896). Hervorhebung von mir-R.Z.

[11] Erich Matthias u. Hans Meier-Welcker, Hrsg.: Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär und Innenpolitik 1920-1922, Düsseldorf 1979 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. 2. Reihe: Militär und Politik, Bd.3), Dok.52, S.112. Lequis war an der Jahreswende 1918/19 führend an der militärischen Niederschlagung der Revolution in Berlin beteiligt.

[12] Siehe zu seinen Kindheits- und Jugendjahren den ersten von drei Bänden seiner Autobiographie: Eduard Stadtler: Jugendschicksale 1886-1914, Düsseldorf 1935.

[13] Siehe ebenda, S.120ff.

[14] Eduard Stadtler: Als politischer Soldat 1914-1918, Düsseldorf 1935, S.6.

[15] Ebenda, S.7.

[16] Ebenda, S.8. Dieser Text ist im Original gesperrt gedruckt worden.

[17] Ebenda, S.93f.

[18] Ebenda, S.98.

[19] Ebenda, S.99.

[20] Ebenda, S.106.

[21] Siehe Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945. Herausgegeben von Reinhard Opitz, Köln 1977, Nr.215ff. u. Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1967, S.90ff.

[22] Siehe J. J. Rudoerffer: Grundzüge der Weltpolitik der Gegenwart, Stuttgart u. Berlin 1914.

[23] Stadtler: Als politischer Soldat, S.118. Im Original gesperrt gedruckt.

[24] Ebenda, S.127. Im Original gesperrt gedruckt.

[25] Ebenda, S.137. Im Original gesperrt gedruckt.

[26] Es gelang, derartige Gruppen u. a. in Düsseldorf, Königsberg, Breslau und Leipzig und Hamburg zu gründen.

[27] Eduard Stadtler: Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf 1935, S.12. Das Folgende nach ebenda, S.12ff.

[28] Zu dessen außenpolitischen Zielen im Ersten Weltkrieg, die auf eine Hegemonie des Deutschen Reiches auf dem europäischen Kontinent ausgerichtet waren, siehe Friedrich Naumann: Mitteleuropa, Berlin 1916. Zum Gesamtzusammenhang siehe Reinhard Opitz: Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933, Köln 1973.

[29] Stadtler: Als Antibolschewist, S.14. Zur organisatorischen und politischen Entwicklung des Generalsekretariats und der von ihm gesteuerten Antibolschewistischen Liga siehe den Beitrag von Manfred Weißbecker: Antibolschewistische Liga 1918-1919, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Bd. 1, Leipzig 1983, S.66ff.

[30] Stadtler: Als Antibolschewist, S.14.

[31] Ebenda, S.8.

[32] Das Folgende nach ebenda, S.46ff.

[33] Ebenda, S.46.

[34] Ebenda, S.47.

[35] Ebenda, S.48. Der Betrag von 500 Millionen Mark scheint sehr hoch gegriffen zu sein. Unter Umständen spielte hier das unpräzise Erinnerungsvermögen Eduard Stadtler einen Streich.

[36] Der Wortlaut zweier Reden im „Kaisersaal“ der Versammlungsstätte „Rheingold“ ist abgedruckt in: Eduard Stadtler: Die Weltkriegs-Revolution. Vorträge, Leipzig 1920, S.79ff. („Der kommende Krieg – Bolschewistische Weltrevolutionspläne“ – 7.1.1919), u. S.94ff. („Ist Spartakus besiegt?“ – 23.1.1919).

[37] Siehe Hans-Joachim Bieber: Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland

1918-1920, Hamburg 1992, S.198f.

[38] Harry Graf Kessler: Tagebücher 1918-1937. Hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1982, S.126. Siehe auch Kesslers Notizen über Stadtlers Vortrag am 4.2.1919 im „Verein des Auswärtigen Amtes“, der – so Kessler – „sehr bedeutende und interessante Ausführungen“ enthalten habe (ebenda, S.118f.).

[39] Heinrich Brüning: Memoiren 1919-1934, München 1972 (Taschenbuchausgabe), Bd.1, S.43.

[40] Siehe zum Folgenden Manfred Weißbecker: Antibolschewistische Liga 1918-1919.

[41] Eduard Stadler: Als Antibolschewist 1918/19, S.45.

[42] Zur Rolle Pabsts bei der Niederschlagung der Revolution und der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg siehe Klaus Gietinger: Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst-Eine deutsche Karriere, Hamburg 2008.

[43] Eduard Stadler: Als Antibolschewist, S.52.

[44] Siehe ebenda, S.56f. u. 65.

[45] LAB, A. Borsig, A Rep.226, Nr.12, Bl.8.

[46] Ebenda, Bl.42.

[47] Siehe ebenda, Nr.1668, wo die Unterlagen der Hauptkasse („Finanzielle Transaktionen für A.Borsig Zentralverwaltung GmbH und oHG A. Borsig“) verwahrt werden. So ist hier unter dem 13.11.1919 der mit Abstand höchste Posten des Jahres in Höhe von 2,578 Millionen Mark aufgeführt, der an „Verschiedene“ transferiert wurde.

[48] Siehe ebenda, Nr.4, unfol.

[49] Siehe ebenda, Nr.9, Bl.8, 16 u. 57.

[50] Für wie bedeutsam die Wahl zur Berliner Stadtverordnetenversammlung gehalten wurde, dokumentiert in den Akten der Deutschnationalen Volkspartei ein Briefwechsel zwischen Albert Vögler und Alfred Hugenberg. Siehe Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: BArch), R 8005/2, Bl.81ff. Es ginge, so schreibt der Hauptgeschäftsführer der DNVP von Lindeiner-Wildau am 6. August 1921 an Ernst von Borsig, den „Kampf gegen den Marxismus in seiner Auswirkung auf das wirtschaftliche und kulturelle Leben Berlins“ zu führen. „In ersterer Hinsicht Kampf gegen jede Kommunalisierung und Sozialisierung...In kultureller Hinsicht Besetzung der leitenden Stellen im Schulaufsichts- und Jugendpflegewesen durch Persönlichkeiten, deren Weltanschauung der der großen Mehrheit der Berliner Bevölkerung entspricht.“ Ebenda, Bl.82.

[51] LAB, A. Borsig, Rep.226, Nr.12, Ebenda, Bl.68.

[52] Ebenda, Bl.89.

[53] Ebenda, Nr.6, Bl.86.

[54] Ebenda, Nr.9, Bl.78.

[55] BArch, R 1507/339, Bl.319. Dem Kuratorium dieser Fonds hätten neben Stadler u. a. General von Watter (Kommandeur des 7. Armeekorps der Reichswehr) und Oberstleutnant a. D. Niemann (Schatzmeister der DNVP in Westfalen) beteiligt.

[56] Eduard Stadler: Als Antibolschewist 1918/19, S.70.

[57] Rüdiger Stutz: Stetigkeit und Wandlungen in der politischen Karriere eines Rechtsextremisten. Zur Entwicklung Eduard Stadlers von der Novemberrevolution bis 1933, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 34.Jg., 1986, H.9, S. S.799.

[58] Eduard Stadler: Als Antibolschewist 1918/19, S.71.

[59] Siehe Rüdiger Stutz: Stetigkeit und Wandlungen in der politischen Karriere eines Rechtsextremisten, S.800.

[60] Reichert gehörte übrigens zum Auditorium im Flugverbandshaus am 10. Januar 1919, als dort Stadler seine Auffassungen zur Bekämpfung der Revolution entwickelte und als Folge dessen die Gewährung einer „500-Millionen-Mark-Spende“ auslöste.

[61] LAB, A. Borsig, A Rep.226, Bl.89. Hervorhebung von mir-R.Z.

[62] Eine biographische Skizze Stadlers für die Zeit nach 1919 findet sich bei Rüdiger Stutz: Stetigkeit und Wandlungen in der politischen Karriere eines Rechtsextremisten, S.801ff.

[63] Siehe Eduard Stadler: Die Weltkriegs-Revolution, S.128, 132 u.203.

[64] Siehe Claudia Kemper: Das Gewissen 1919-1925. Kommunikation und Vernetzung der Jungkonservativen, München 2011.

[65] In den Akten des Reichslandbundes (Pressearchiv), des Alldeutschen Verbandes und des Stahlhelms,

die im Bundesarchiv Berlin verwahrt werden, finden sich zahlreiche Artikel aus der Feder Eduard Stadtlers.

[66] Rüdiger Stutz: Stetigkeit und Wandlungen in der politischen Karriere eines Rechtsextremisten, S.804.

[67] Eduard Stadtler: Die Weltkriegs-Revolution, S.93 (Rede im „Rheingold“ in Berlin am 7.1.1919).

[68] Ebenda, S.796. Den Begriff „Früh“- bzw. „Präfaschismus“ wurde bereits 1972 von Hans-Jürgen Puhle benutzt: Von der Agrarkrise zum Präfaschismus. Thesen zum Stellenwert der agrarischen Interessenverbände in der deutschen Politik am Ende des 19. Jahrhunderts, Mainz 1972, bes. S.52f. (Versuch einer Definition sowie der sozialökonomischen und politischen Voraussetzungen des „Präfaschismus“).

Prof. Dr. Hans Hautmann (22. August 1943 - 3. Juli 2018)

Anlässlich des Ablebens unseres Genossen und Freundes Hans Hautmann drückten wir der uns freundschaftlich verbundenen *Alfred Klahr Gesellschaft*, Wien, unsere Anteilnahme aus:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen,

zum Ableben unseres Genossen Hans Hautmann spreche ich Euch – auch im Namen des Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE – mein tiefes Mitgefühl aus.

Es ist für uns alle ein außerordentlich schwerer, schmerzlicher Verlust, denn sein Wirken war durch seine enorme Produktivität, das hohe wissenschaftliche Niveau seiner Publikationen und Vorträge und deren wohlüberlegte Thematik von großem wissenschaftlichen und politischen Gewicht und von internationaler Bedeutung. Hans war beispielgebend und orientierend.

In ihm vereinigten sich der marxistische Wissenschaftler und der kommunistische Kämpfer für eine neue, menschenwürdige Gesellschaft. Das prägte nicht nur seine langjährige Tätigkeit als Präsident der Alfred-Klahr-Gesellschaft. Die schwere Niederlage des europäischen Frühsozialismus konnte ihn nicht entmutigen – im Gegenteil. Noch stärker setzte er sich mit Antikommunismus, Chauvinismus und Militarismus auseinander, wandte er sich Themen von besonderer aktueller Bedeutung zu wie der Parlaments- und Kommunalpolitik, der Gewerkschafts- und Sozialpolitik oder dem Polizeiwesen.

Seine sehr gründlichen Analysen enthalten eine Fülle von Anregungen für gegenwärtige und künftige politische Aktivitäten und nicht wenige Warnungen vor der Wiederholung begangener Fehler. Sehr wichtig ist sein Blick auf die Dialektik von ökonomischen und politischen Kämpfen sowie von internationalen und nationalen Entwicklungen.

Für uns deutsche Marxisten wird Hans immer Vorbild sein. Da wir nicht mehr mit ihm reden können, werden wir ihn um so gründlicher lesen. Und wir werden – im Gedenken an ihn – die freundschaftliche, solidarische Zusammenarbeit mit Euch, der Alfred-Klahr-Gesellschaft, nach Möglichkeit noch enger gestalten.

Heinz Karl

Die *Alfred Klahr Gesellschaft* erwiderte:

Lieber Genosse Karl,

ich bedanke mich im Namen des Vorstands der Alfred Klahr Gesellschaft für dein Schreiben und die darin zum Ausdruck gebrachte Anteilnahme.

Hans Hautmann ist sowohl für die KPÖ als auch für die Alfred Klahr Gesellschaft unersetzbar. Niemand sonst hat die Alfred Klahr Gesellschaft derart geprägt wie er, sei es durch seine Beiträge in unserem Mitteilungsblatt oder durch seine zahlreichen Vorträge. Wir konnten in den letzten Jahren mit Stolz feststellen, welche große Wertschätzung Hans Hautmann auch seitens der marxistischen und kommunistischen Linken in der Bundesrepublik zuteil wurde. Dein Festvortrag im Jahr 2013 war ein schöner Ausdruck dieser Verbindung.

Dein Vorschlag, unsere Zusammenarbeit enger zu gestalten, stößt bei uns natürlich auf offene Ohren. Vielleicht besteht eine Möglichkeit darin, dass sich HistorikerInnen und GenossInnen aus dem Umfeld des „Marxistischen Arbeitskreises“ als AutorInnen an unseren „Mitteilungen“ beteiligen. Diese sind zwar schwerpunktmäßig auf die Geschichte der österreichischen ArbeiterInnenbewegung konzentriert, aber gewiss nicht im national bornierten Sinne. Vorschläge über Themen, die von allgemeinem Interesse sind, sind sehr willkommen. Auch für Rezensionen, kleinere Beiträge und Berichte stehen unsere Seiten jederzeit offen. Neuerscheinungen von AutorInnen aus eurem Umfeld können also in den „Mitteilungen“ gerne rezensiert und auf diesem Wege beworben werden.

Mit solidarischen Grüßen aus Wien,

Manfred Mugrauer

Veranstaltungen des Arbeitskreises September-Ende 2018

Donnerstag, Die Münchener Konferenz 1938. Ergebnisse und aktuelle Lehren.
13. September Einführung: Prof. Dr. Gregor Schirmer

Sonnabend, Konferenz:

13. Oktober Das Jahr 1948 – die entscheidende Zäsur der Spaltung Deutschlands.

Vorträge:

Dr. Reiner Zilkenat (Hoppegarten)
Wer hat Deutschland gespalten?

Kurt Baumann (Hamburg)
Widerstände gegen die Spaltung Deutschlands.

Dazu laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e.V., Wuppertal, und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von 11.00 bis 17.00 Uhr.
Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Haus *Undine*,
Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bahnhof Berlin-Lichtenberg)

Für die Vorträge stehen jeweils 40 Minuten zur Verfügung, für Diskussionsbeiträge
In der Regel 10 Minuten.

Donnerstag, Was lehren Lenins letzte Arbeiten?
22. November Einführung: Prof. Dr. Eckhard Trümpler

Die **Donnerstag-Veranstaltungen** beginnen bereits um **15.00** Uhr. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24* (am Pistoriusplatz) statt. (Straßenbahn M 4, 12, M 13 bis Albertinenstraße oder Antonplatz, Bus 158 und 255 bis Woelckpromenade)

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-65 970 79
Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-98 665 74

H
e
i
n
z

K
a